

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abo. v. monatspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 12.— Mf., bei Selbstabholung 11.— Mf. — Preis der Einzelnummer 70 Pfennig  
Telefon für Konsul und Expeditor: 2721 und 4598  
Postleitzettelkonto Nr. 53477 " " Postleitzettelkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Teleg. Adress: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13808. — Berlin in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Abonnementpreise: Die 7 gesetzte Kolonialseile oder deren Raum 3.— Mf.  
bei Blattwurfschrift 3.60 Mf.; Familiennotizen, die 7 gesetzte Zeile 2.40 Mf.  
Reklame-Kolonialseile 12.— Mf. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die einzige Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Der Stand des Eisenbahnerstreits. Weitere Ausdehnung in Baden und Mecklenburg.

Der Eisenbahnerstreit verschärft sich von Stunde zu Stunde. Wie wir es bereits am Donnerstag vorausgesagt haben, hat das Koalitionsverbot des Reichspräsidenten Ebert die Wirkung ausgelöst, daß sich die Eisenbahnerarbeiterchaft und die noch nicht streikende Beamtenchaft wie ein Mann erhoben hat, um die Angriffe auf die Errungenchaften der Revolution abzuwenden.

Durch das Vorgehen der Regierung ist der Kampf einer Gruppe von Eisenbahnerbeamten zu einem Kampf der ganzen Arbeiterklasse geworden. Auch diejenigen Kreise, die der Sonderaktion der Reichsgewerkschaft von vorgherem ablehnen gegenseitig verstanden haben, wie die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes, beteiligen sich mehr und mehr an dem Ausland. Die Regierung hat durch ihr Verhalten zu einer bedeutenden Verschärfung beigetragen und dafür gesorgt, daß dieser rein wirtschaftliche Kampf nunmehr politische Form angenommen hat. Die Regierung, die glaubte, mit ihrer Gewaltpolitik ihre Autorität am besten wahren zu können, hat das Gegenziel davon erreicht. Ihre Stellung ist mehr und mehr unhalbar geworden. Die bürgerlichen Politiker, die wahrscheinlich nicht ganz unschuldig an der Sonderaktion der treibenden Beamtengruppe sind, stehen händelnd beiseite. In ihrer Brust regt sich die Hoffnung, daß es durch den Streik gelingen möge, die verhasste Regierung zum Sturz zu bringen und die erachtete Rechtsregierung zu bilden. Diese Reaktionäre hoffen wohl, daß durch den Eisenbahnerstreit einerseits die geistigen Voraussetzungen für ihr Kommen geschaffen werden, andererseits aber die Arbeiterklasse durch die Auswirkungen des Streiks materiell so geschwächt wird, daß mit ihr nach Belieben umgesprochen werden kann. Es ist zum mindesten sehr verdächtig, daß der Justizbeamtenbund, die Soziale Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamtenverbände und der Reichsverband der Verwaltungsbeamten anklagen, sich ebenfalls am Streik beteiligen zu wollen.

Das sind Verbände, deren Leitungen deutlich national bis auf die Knochen sind und die das Streikrecht der Beamten immer verneinten. Die Eisenbahner werden sehr darauf achten müssen, daß ihre wirtschaftliche Bewegung nicht von reaktionären Mächten zu durchsichtigen Zwecken missbraucht wird.

Über die Berechtigung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Beamten braucht kein Wort verloren zu werden. Sie sind berechtigt und müssen und werden von jedem Einsichtigen unterstützt werden.

Der Kampf der Eisenbahner hat seine Bedeutung bekommen durch die geradezu unzählige Verordnung der Reichsregierung, in der sie das Koalitionsrecht wichtiger Gruppen der Arbeiterklasse im Reiche in Frage stellt. Dazu kommt, daß durch Verordnungen des Reichseisenbahnministers Groener der Arbeitstag der Eisenbahnerbeamten und Arbeiter in Frage gestellt werden soll. Durch diese Angriffe der Reichsregierung auf die wichtigsten Positionen der Arbeiterklasse hat der Kampf erst seine eigentliche Bedeutung erlangt. Die Regierung hat dafür gesorgt, daß eine Bewegung, die sich nur um die Forderungen einer bestimmten Beamtenfamilie gruppieren, zu einem Kampfe großer Teile der Arbeiterschaft wurde. Die Quantität schlägt nach dem bekannten Gesetz in die Qualität um, der Kampf beginnt mehr und mehr politische Formen anzunehmen und ist demzufolge von diesen Gesichtspunkten aus zu werten.

Die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zu dem gegenwärtigen Kampfe wäre ohne weiteres gegeben dann, wenn die englische und die französische Arbeiterklasse in den Sympathiestreit für die deutschen Eisenbahner treten würde. Dann wäre der Eisenbahnerstreit das Kanal für den Sturz nicht nur der deutschen, sondern auch der englischen Regierung. Über mit einer derartigen Entwicklung der Dinge ist gegenwärtig nicht zu rechnen. Zweifellos wird durch die Fortentwicklung der Bewegung, die wie eine Lawine anwachsend, mehr und mehr große Teile der Arbeiterschaft mit sich zieht, die politische Situation des Kabinetts Wirth, von Stunde zu Stunde bedenklicher. Die Arbeiterklasse wäre imstande, das Kabinett Wirth über den Haufen zu rennen im Anschluß an eine Bewegung, die eingeleitet wurde von einer Organisation, die bis zur Stunde des Ausbruches der Kämpfe im Gegensatz zu der bisher geübten Taktik der Arbeiterbewegung und die bis heute noch eine starke bürgerliche Orientierung zeigt. Es entsteht die Frage, was würde werden, wenn das Kabinett Wirth durch den Fortgang der Bewegung besiegt würde. Eine Rechtsregierung wäre unter dem Druck der politischen Situation zunächst undenkbar, infolgedessen wäre die Arbeiterklasse verpflichtet, mit der politischen Macht, die ihr zweifellos in die Hände fallen könnte, die Regierung zu übernehmen. Wir wissen nur allzu genau, daß jede deutsche Regierung im starken Maße abhängig ist von den politischen Entscheidungen

unserer Gegner über dem Rhein und dem Kanal. Welche Haltung würde die Entente einer Arbeiterregierung in Deutschland gegenüber einnehmen. Diese Frage gilt es zu erörtern.

Fest steht die Tatsache, daß durch eine derartige Entwicklung der Dinge die wirtschaftliche Lage in Deutschland in außerordentlichem Maße beeinflußt würde, daß unzweckhaft die Valuta einen starken Sturz erleiden würde.

Es würden sich ähnliche Situationen ergeben, wie wir sie zeitweise in Rußland erlebt haben. Auch in Rußland drängten die Machtverhältnisse, durch die impulsiven Kämpfe der Arbeiterklasse geschaffen, über ein bestimmtes Maß hinaus, das selbst den führenden Bolschewisten zeitweise wider die Rechnung ging. Sie waren der Auffassung, daß unter dem Druck der Arbeiterklasse, die den Willen, zu kämpfen, hatte, die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen nicht immer genügend beachtet wurden. Wie erkennen an die Tatsache, daß durch die impulsiven Kämpfe der russischen Arbeiter und Bauern der Prozeß der Nationalisierung der kapitalistischen Betriebe weit über das Maß hinausgetrieben wurde, das von den bolschewistischen Kennern der russischen Wirtschaftsverhältnisse als gegeben erachtet wurde.

### Die USPD und der Eisenbahnerstreit. Ein Ausruf der Zentrale.

Die Zentralleitung der USPD erklärt zu der durch den Eisenbahnerstreit geschaffenen Lage: In dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die freikämpfenden Eisenbahnerbeamten erklarten wir trocken gegenüber der Regierung einen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Der Streik der Eisenbahnerbeamten galt zunächst der Durchführung gewerkschaftlicher Forderungen. Durch ihre Maßnahmen hat die Regierung das ganze Proletariat herausgefordert. Es ist Ausgabe der USPD, die Grundrechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schützen.

Die USPD fordert nach wie vor sofortige Auhebung der Außnahmeverordnung des Reichspräsidenten und der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten.

Die USPD fordert sofortige Verhandlungen mit den Eisenbahnergewerkschaften einschließlich der Organisation der freikämpfenden Eisenbahnerbeamten.

Die USPD fordert Schutz des Arbeitstags- und Arbeitstages, der durch die Pläne eines Arbeitszeitgesetzes in Gefahr ist.

Berlin, den 4. Februar 1922.

Die Zentralleitung der USPD.

Inwieweit die Möglichkeit einer Umformung der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsverhältnisse in sozialistische gegeben ist, diese Frage wollen wir hier nicht erörtern. Die Durchführung sozialistischer Maßnahmen wird letzten Endes gegeben sein durch das Verständnis der Arbeiterschaft, sich in eine gegebene neue Situation einzufügen. Nach dem 9. November ist das nicht immer in dem erforderlichen Maße der Fall gewesen. Wir sehen die Entwicklung in Rußland, wo gerade die Eisenbahner durch den Zwang der Logik gedrängt werden, aus der Sackgasse herauszugehen, in die sie durch das impulsive Vorgehen der russischen Arbeiter und Bauern gelangt sind. Wir sehen, wie es gerade die russische Sowjetregierung gewesen ist, die alle Möglichkeiten des Koalitionsrechtes unterbunden hat, wir haben gesehen, wie die russische Sowjetregierung selbst gegen die Kämpfer der Revolution in Kronstadt und andern Orten kämpfen mußte, indem man der russischen Arbeiterklasse Rechte vorbehält, um die in Deutschland zur Zeit gefämpft wird. Die Entrüstung der Kommunisten über unsre Einstellung zu dem gegenwärtigen Kampfe ist daher eine höchst gewagte, da an der Entwicklung in Rußland das Gegenteil von dem gezeigt werden könnte, was von Seiten der Kommunistischen Partei zur Zeit in Deutschland angestrebt wird. Gewiß kämpft die Arbeiterklasse in Deutschland gegen eine kapitalistische Klassenregierung mit einem reformsozialistischen Einschlag. In Rußland aber werden binnen kurzen, die Dinge einen Verlauf genommen haben, in dem die Kapitalisten Westeuropas die Wirtschaft mehr und mehr beherrschen werden und daß in Rußland gegen die Sowjetregierung in absehbarer Zeit ganz ähnliche Kämpfe um das Recht, sich zu koalieren, ausbrechen werden, wie zur Zeit in Deutschland.

Gedreht die Entwicklung in Rußland, unter Hinsicht auf die außenpolitische Situation Deutschlands und die Tatsache, daß die französischen und englischen Arbeiter in den in Deutschland ausgebrochenen Klassenkampf nicht eingreifen werden, zwinge uns, die Situation außerordentlich aufmerksam zu beobachten.

Der Kampf um das Koalitionsrecht, der Kampf um den Arbeitstag wird bei allen Arbeitern seine Unterstützung finden.

### Die Lage in Berlin.

Streik der südlichen Arbeiter.

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Seit gestern morgen 4 Uhr streiken in Berlin auch die südlichen Arbeiter. Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung ist eingestellt. Nur die Krankenbäder sollen noch versorgt werden. Auf den Straßen haben sich wieder lange Reihen von Leuten gebildet, die Wasser holen. Der Streik kam so überwiegend, daß niemand Vorlage geöffnet hätte. In den großen Hotels wünschten sich die Besucher mit Mineralwasser waschen, soweit solches vorhanden war. Das einzige Bierhausmittel ist die Hoch- und Untergrundbahn. Heute früh ist es zwischen nur die Montagospot und der Berliner Lokalangehörige. Beide Blätter melden, daß auch die Notstandsarbeiten für die Krankenbäder nicht ausgeführt würden. Da der Telephonverkehr für Private eingeschlossen ist, läßt sich diese Meldung nicht nachprüfen. Die westlichen Vororte Schöneberg, Mariendorf und Wilmersdorf, die den elektrischen Strom von Privatwerken beziehen, hatten bisher nicht unter dem Streik zu leiden. Heute soll erneut eine Abstimmung unter den südlichen Arbeitern stattfinden, ob der Streik fortgesetzt werden soll oder nicht.

Im Anschluß an die Sitzung der Regierung in der Reichskanzlei bestätigte die Berliner Montagospot, daß im Laufe des Sonntags die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Weiß, sowie die unabhängigen Führer Tillmann und Rothenbach mit dem Reichsminister in Verbindung gesetzt hätten und mit ihm in Unwissenheit des Verkehrsministers Groener darüber verhandelt hätten, ob die Regierung Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerbeamten nicht doch aufnehmen könne. Die Streitstellung der Beamten stellt als Bedingung für eine Einigung die Erklärung der Regierung, daß Maßregelungen von Streiktagen oder Streikenden nicht vorgenommen werden dürfen und daß nach dem Streik ab sofort Verhandlungen über die Neuregelung der Schülter der unteren Beamtengruppen aufgenommen werden. Die Berliner Montagospot behauptet weiter, daß nicht die wirtschaftlichen, sondern auch politische Forderungen gestellt würden. Allerdings gibt sie keine genauen Details und es scheint, als ob diese Nachricht nicht zutreffe. Man will wahrscheinlich die Regierung weiter aufsehen, daß sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt besteht. Die Streitfrage bei der Eisenbahn hat sich verschärft dadurch, daß auch die Lokomotivführer von Baden streiken. Nach einer Mitteilung der Eisenbahn-Direktion Karlsruhe ist auch in Baden der Eisenbahnerstreit Sonnabendabend um 12 Uhr ausgetragen.

Über die Beschlüsse der Kabinettssitzung mit den Führern der Koalitionsparteien ist ebenfalls keine Nachricht vorhanden. Die Verhandlungen sind geheim geführt worden und es ist nicht klar, ob überhaupt Beschlüsse getroffen worden sind. Der Berliner Volksanzeiger berichtet natürlich die ganze Situation zu einer großen Hege gegen die Regierung und gegen die sozialistischen Parteien. Er behauptet vor allen Dingen, daß eine große Kluft zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen entstanden sei. Alle diese Nachrichten lassen sich in der Geschwindigkeit nicht kontrollieren, da, wie gesagt, der Telephonverkehr für Private gesperrt ist.

Oberbürgermeister Boch hatte am Sonntag eine Konferenz mit den Direktoren der Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums, Oberregierungsrat Dr. Weiß. Es wurde beschlossen, die südlichen Werke unter den Schutz von starken Abteilungen der Schutzpolizei zu stellen und in den ersten Nachmittagsstunden wurden daraufhin sämtliche Werke, in denen gestreikt wird, besetzt. In den ersten Nachmittagsstunden erfolgte auf Anordnung der Regierung und des Polizeipräsidiums der Einsatz der Technischen Nothilfe in den südlichen Elektrizitätswerken und Gasanstalten mit Ausnahme des Elektrizitätswerkes Südwest, und der Gasanstalt Schmargendorf. Bis Montag hofft man in allen Werken wieder Elektrizität und Gas zu erzeugen.

Das Personal der Hoch- und Untergrundbahn hält sich bisher noch dem Streik fern. Bisher sind auch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß es auch zur Sitzung dieser Verkehrsmittel kommen wird. Wie der Berliner Lokal-Anzeiger in später Nachstunde hört, werden jedoch die Funktionen der Hoch- und Untergrundbahnen Montag, früh 8 Uhr, zur Betriebsaufstellung zusammenentreten. — Auch die Angestellten der Omnibus-Gesellschaft werden zur Lage Stellung nehmen, desgleichen die Fahrscheine der Kraftwagendroschken.

Auch die Berliner Telegraphenarbeiter streiken.

Berlin, 6. Februar. (TL) Am Sonnabendmorgen sind die Telegraphenarbeiter der Telegraphenämter und Bauämter geblieben, in den Streik getreten. Die Postarbeiter verrichten zur Zeit ihres Dienstes noch weiter und es scheint, als ob bei ihnen keine Reizung besteht, sich dem Streik der Telegraphenarbeiter anzuschließen. Der Ausstand der letzteren hat auf den Dienstbetrieb der Telegraphenämter keinen unmittelbaren Einfluß. Nur der sogenannte Wuhrendienst ist lahmgelegt.

### Die Streikbewegung im Reiche.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Der Streik hat sich auf Mecklenburg ausgedehnt. Der Süden ist bis auf Baden nach wie vor streikfrei. Die Zahl der Streikenden ist im allgemeinen gleich geblieben. Der Ausfall der Speditionenorganisationen der Gewerkschaften hat auf die Streikenden

der Reichsverwaltung nicht gewillt. Auch die ausständigen Gruppen des Deutschen Eisenbahnerverbands haben den Streik nicht aufgegeben, mit Ausnahme von Magdeburg, wo die Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbands den Streik abgeschlossen hat. Der Notbetrieb kommt weiter in Gang, auch der Kraftwagenverkehr entwickelt sich.

Aus den einzelnen Bezirken liegen folgende Nachrichten vor: In Hamburk entstehen für die Dampfer Lade- und Entladewichtsstellen. Im Bezirk Kassel ist, wie im Industriegebiet auch Kraftwagenverkehr eingeschränkt. Der Bezirk Erfurt beschließt trotz Notbetriebs Fleischmärkte im Braunkohlenbetrieb, die Verwagen nicht herabzulegen können. In Frankfurt a. M. macht sich bei den dienstbereiten Beamten das Auftreten von Grippe bemerkbar. In Hannover wurde an mehreren Stellen gearbeitet. Auf der Insel Rügen ist der Betrieb gestoppt worden.

Berlin, 6. Februar. (TL.) Die Verkehrslage war am gestrigen Sonntag ebenso trübe wie am Vorabend. An einem Notverkehr, wie ihn der Reichsverkehrsminister optimistisch schon am Sonnabend ausländigte, ist noch immer nicht zu denken. Außer ein paar Zügen nach Oranienburg und dem Osten bis Frankfurt an der Oder ruht Stadt- und Vorortverkehr. Die Siedler der Eisenbahn sind geschlossen. Es wird nicht ein- noch ausgeladen, von geringen Ausnahmen abgesehen, die aber für den großen Verkehr gar nicht ins Gewicht fallen. Unter dem Druck dieser Notlage haben die Spediteure einen Autodienst für eilige Waren nach Magdeburg, Leipzig, Hannover, Hamburg usw. eingerichtet. Die Väger der Spediteurhäuser sind so überfüllt, daß neue Güter nicht angenommen werden. Schon heute bildet für die Fachleute die spätere Entwicklung des Güterverkehrs eine schwere Sorge. jedenfalls werden viele Tage vergehen, ehe nach der Wiederaufnahme des Verkehrs der Gütertransport wieder sein normales Maß haben.

Aus den Berichten der bürgerlichen Telegraphenbüros er gibt sich über den Stand der Bewegung im Reiche noch folgendes:

Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Altona kommen auch heute Züge mit Milch und sonstigen Lebensmitteln nach Hamburg gehoben werden. Auf den verkehrswichtigeren Strecken des Direktionsbezirks, insbesondere von Berlin nach Hamburg sind gemischte Züge — Güter- und Personenwagen — gefahren worden, und zwar mit Eisenbahnerpersonal, das sich für diesen Notbetrieb der Verwaltung zur Verfügung gestellt hat. Mindestens in diesem Umfang werden auch am Montag Züge gefahren werden. — Der Betrieb auf dem Bremer Hauptbahnhof ist völlig eingestellt. Auch in Geestemünde ist der Eisenbahnverkehr vollkommen stillgelegt.

Die Arbeiter der Hauptwerkstätten in Erfurt sind plötzlich in den Streik getreten, ohne die Zentralleitung des Deutschen Eisenbahnerverbands zu informieren. Dadurch hat sich die Lage weiter verschärft. — Auf fast allen Strecken im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt ist ein regelmäßiger Notverkehr eingeschränkt. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß im Laufe des Sonntags durch die Technische Nothilfe und arbeitswillige Angehörige der Zugverkehr wieder über den Frankfurter Hauptbahnhof direktiert wird. Die allgemeine Lage wird von amtlicher Stelle günstig beurteilt.

Die Eisenbahndirektion Hannover teilt mit: Die Streiklage ist im allgemeinen unverändert. Es wurden am 8. Februar zehn Hilfszüge und drei Kohlezüge nach Magdeburg, Nethensee und Braunschweig gefahren, außerdem 32 gemischte Züge, die den Arbeiter- und Güterverkehr bewältigten und zur Lebensmittel- und Milchförderung dienten, und ein Zug Köln-Berlin. Von der Teno sind insgesamt 180 Mann eingesetzt. Die Hauptbahnhöfe Hannover und Minden sind vom gesamten Personal verlassen worden.

Von der Eisenbahndirektion Magdeburg wird mitgeteilt, daß die Rückführung abläuft. Die in den Streik getretenen Arbeiter der Hauptwerkstätten in Halberstadt wurden durch Aushang aufgefordert, bis Montag an ihre Arbeitsstellen zurückzukehren, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben. Nach die Meldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht ausreichen, werden die Hauptwerkstätten geschlossen werden.

Die Eisenbahndirektion Halle teilt mit: Die Lage ist gegen gestern nicht wesentlich verändert; sogar im Osten des Bezirks etwas verschlechtert. Dagegen ist es gelungen, im westlichen Teil des Bezirks eine große Anzahl Züge zu sahnen. Der Arbeiterverkehr nach Leuna und dem Gießelthal ist restlos bewältigt worden. Ein Mischzug mit Personentransport und Güterwagen nach Berlin ist gestern abend abgegangen. Die Kohlförderung des Hallischen Elektrizitätswerks ist sichergestellt. Der Arbeiterverkehr nach Delitzsch und Witten steht. Von Halle nach Witten wurde heute früh wieder ein Zug mit Arbeitern befördert. Arbeitswilliges Personal auch für Lokomotivbetrieb wird der Eisenbahn bald in größerem Umfang zur Verfügung stehen. Auf einen Aufruf des Präsidiums in Erfurt haben sich bereits etwa 500 Mann gemeldet. Da, wo Stellwerke auf einzelnen Bahnhöfen von den Weichenwärtern verlassen sind, haben technische Beamte, Ingenieure und Bahnmeister die Bedienung der Weichen und Signalstellvorrichtungen übernommen.

Im Stoßbus ist das Lokomotivpersonal am Sonnabend nicht zum Dienst erschienen. Damit ist der Verkehr im östlichen Teil des Bezirks Halle lahmgelegt.

Nach Berichten aus dem Bezirk Frankfurt a. M. ist in der allgemeinen Streiklage eine gewisse Verbesserung eingetreten. In Gießen ist sämtliches Personal, mit Ausnahme des Lokomotivpersonals, zum Dienst erschienen. Es ist gelungen, den Notverkehr im Bezirk in erhöhtem Maße in Gang zu bringen. Die Eisenbahndirektion hat in einem Aushang alle Arbeiter und Angestellten aufgefordert, sich bis zum Dienstag wieder zur Arbeit einzufinden, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben. Das gegen die freiliegenden Beamten eingelegte Diktat ist aufgehoben.

In Baden ist in der Nacht zum Sonntag der Eisenbahnerstreik hochgekommen. Die Stilllegung des gesamten Zugverkehrs wurde um Mitternacht dadurch verursacht, daß das Lokomotivpersonal in den Streik trat und die Weichensteller sich ihm anschlossen. Das übrige Personal bewahrt eine ruhige Haltung. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe versucht, die lebensnotwendigen Transporte durchzuführen. — In einer Besprechung des württembergischen Staatspräsidenten mit den Lokomotivführern erklärten diese, daß, wenn es der Reichsregierung nicht bald gelinge, Verhandlungen mit der Reichsverwaltung anzubauen, die in Südbadenland angenommene Haltung sie nicht mehr anstreiten lassen.

### Die Lage in Sachsen.

Über den Stand der Bewegung in Sachsen berichtet Wolffs Sächsischer Landesdienst: In Dresden ist die Streiklage im allgemeinen unverändert. Im Leipziger Bezirk hat sich außer dem Lokomotivpersonal teilweise auch das Fahr-, Weichen- und Verschubpersonal dem Streik angeschlossen. Auf einigen Stellen sind auch Arbeiter, die dem Deutschen Eisenbahnerverband angehören, entgegen dem von den Spartenverbänden der Gewerkschaftsorganisationen erlassenen Aufruf zur Beendigung des Streiks, in den Ausstand getreten. Anderseits haben sich vereinzelt freikende Lokomotivführer wieder zum Dienst gemeldet.

Die Verkehrslage hat sich verschlechtert infolge, als der Zugverkehr und das Verschubgeschäft durch das anhaltende Schneetreiben und den strengen Frost erheblich erschwert ist. In den Bornaer Kohlenwerken mangelt es an Grubenholz. Auch im übrigen Sachsen fehlen die Industrie unter ungünstigen Kohlen- und Rohstoffzufuhr. Auf dem Vertriebseisenbahnhof „Dresden-Friedrichstadt“ haben sich die Rangierverhältnisse gebessert. Den Dresdner Gaswerken konnten bisher Kohlen zugeführt werden.

Aus Großenhain wird gemeldet: Die verschärfte Lage im Eisenbahnerstreik kommt nunmehr auch hier zum Ausdruck. Auf dem Kottbusser Bahnhof ruht der gesamte Dienst; während gestern und vorgestern noch einige Züge verkehrt, ist heute nach beiden Richtungen kein Zug mehr abgegangen. Die Lokomotivführer in Großenhain, Seiffen und Ruhland

haben sich dem Streik angeschlossen. Das Verwaltungs- und Arbeitersonnen der beiden Großenhainer Bahnhöfe ist dagegen nicht am Streik beteiligt. Ab und zu verkehrt ein Zug mit Lebensmittelzügen, der von technisch vorgebildeten Beamten der Staatsbahn geführt wird. Wenn Kohlemangel hat sich bereits eine Sesselfabrik zur Betriebeinstellung gezwungen gelehnt.

### Beschlüsse der Münchener Organisationen.

Gegen den Eingriff in das Koalitionorecht.

München, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die USPD. Münchens veranstaltete am Sonntag vormittag eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Versammlung, in der das Thema Eisenbahnerstreik und gewerkschaftliche Grundrechte behandelt wurde. Die Vertreter des Eisenbahnerverbandes und des Metallarbeiterverbandes sprachen als Referenten. In der sehr heftigen Diskussion kamen auch Redner anderer Eisenbahner- und Beamtenorganisationen zu Wort. Schließlich wurde einstimmig folgende Enthaltung angenommen:

Die Versammlung sieht in der Annahmeverordnung des Reichspräsidenten einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse und verurteilt auf schärfste Weise die Verordnung, die Verhaftung von Streikführern, die Beschlagnahme von Streikgeldern und die Maßregelungen von Streikenden.

Solange Arbeiterorganisationen bestehen, haben sie schwere Kämpfe gelitten zur Durchsetzung und Wahrung ihrer Grundrechte. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich diese rauben zu lassen, und sie wird ihre ganze Kraft einsetzen, um jeden Angriff darauf abzuwehren.

Die Versammelten fordern deshalb die sofortige Aufhebung der Annahmeverordnung, Freigabe der Verhafteten, Herausgabe der Streikgeld und Vermeldung jeder Maßregelung."

In Bayern haben sich die Eisenbahnbeamten dem Streik nicht angeschlossen. Der Streik macht sich in Bayern nur insofern bemerkbar, als infolge des Eisenbahnerstreiks im Reich sich in Bayern ein empfindlicher Kohlemangel und erhebliche Zugverkehrseinschränkungen notwendig gemacht haben.

### Die französische Regierung und der deutsche Eisenbahnerstreik.

Paris, 4. Februar. (TL.) Der französische Ministerrat hat den Beschluss gefasst, beim Obersten Rat dahin vorzuschlagen, seine Zustimmung zu der Belebung der Ruhrkohlen-Verbandsstrecken und des dazu gehörigen Eisenbahnsystems durch Entente truppen zu geben, falls durch den deutschen Eisenbahnerstreik die Kohlenzufuhr nach Frankreich behindert werden sollte. Der Antrag wurde von der französischen Regierung dem Obersten Rat überreicht. Der Voßhaftekonsortium wird die Angelegenheit zur Beschlusssfassung unterbreitet.

### Vor einer Unternehmeroffensive in Österreich?

Die nachstehenden Zeilen unseres Mitarbeiters in Wien gehen uns stark verdächtigt zu. Inzwischen hat der Kurs der österreichischen Währung außerordentlich starke Schwankungen erlitten. Am 23. Januar zeigte erneut ein unvorhergesehener starker katastrophaler Sturz ein, so daß der Dollar auf 10.200 österreichische Kronen stieg. Inzwischen hat freilich ein starker Rückgang eingesetzt, der wahrscheinlich auf stärkere Kreditgenugthit in London und Paris und auf die Verhandlungen im Parlament zu Washington zurückzuführen ist.

O. P. Im Gegensatz zu der parlamentarischen Aktion der Unfähigkeit der bürgerlichen Mehrheit zur Regierung, die sich mit jedem Tage deutlicher erweist, ist außerhalb des Parlaments der Klassenkampf in vollem Gange. Gewerkschaften der Gewerkschaften rufen auf immer heftigeren Widerstand. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten zwei Wochen fühlbar gestiegen. Vertragstätigkeiten, Betriebsabschließungen, Kurzarbeiten drohen.

All dies sind Anzeichen einer Abschwäche, die wir nicht haben. Die österreichische Krone ist in der letzten Zeit nicht nur nicht gestiegen, sondern nach kurzer Pause wieder rasch gefallen. Ihr Verhältnis insbesondere zu den beiden Nachbarwährungen, die uns am nächsten angehen, zur deutschen Mark und zur tschechischen Krone, hat sich die Exportprämie unter Industrie in der letzten Zeit eher vergrößert als verringert. Noch immer erreichen die hohen Löhne des österreichischen Arbeiters bestenfalls ein Drittel der Löhne in den valutastarken Ländern. Und dennoch behaupten die österreichischen Unternehmer, diese Löhne nicht mehr bezahlen zu können!

In der Tat steht die österreichische Produktion gegenwärtig unter einer Hemmung; nicht eine Abschaffung, aber eine Kapitalskrise ist es, die vorübergehend auf ihr lastet. So paradox es klingt, gerade weil die Inflation den Wert des umlaufenden Geldes so furchtbar herabgedrückt hat, reicht das vorhandene Geld für die Bedürfnisse der Produktion nicht aus. Rohstoffbeschaffung und Rohzausbau erfordern ein immer größeres Betriebskapital, dessen Ziffer bei großen Unternehmen ins Riesenhafte anwächst, auf der andern Seite entzieht die bloße Spekulation der Einzelkapitalisten wie der Banken der Produktion das notwendige Kapital; statt akkumuliert, wird es jetzt verbraucht, an der Börse verpreßt, in Auslandsvaluten gehandelt, in Auslandsguthaben der Industriekontinenten entzogen. So ist die Knappheit an Kapital unweichschaft die Schuld der Kapitalisten; aber die Arbeiter sind es, die sie an ihren Löhnen entzogen sollen.

Indes ist der Ruf nach „Wohnbau“, der jetzt in hundert Varianten aus der kapitalistischen Presse tönt, nur einer der manigfältigen Wünsche, Forderungen und Drohungen, mit denen die Unternehmer haustieren gehen. Die Wahrschafft ist, daß sie den gegenwärtigen Augenblick der Ungewißheit und tiefer Depression, in welchem alle Verhältnisse sich vollenden müssen, aber die Besserungen noch nicht zu melden beginnen können, dazu auszunehmen, um endlich auch in Österreich zu unternehmen, was ihnen in den meisten andern Ländern längst gelungen ist: die Offensive gegen die Errungenchaften der Arbeiterklasse. Es hat den Anschein, als sollte der Angriff auf der ganzen Linie losgehen: Schikanen gegen die Betriebsräte, Agitation gegen den Abstundentag, Demonstrationen gegen die Befreiungsteuer. Als „Störungen der Produktion“ hat längst ein ehrenwerter Scharfmacher in dem Hauptblatt der Börse, der Neuen Freien Presse, einfach alle sozialpolitischen Maßnahmen der Republik qualifiziert und einfach ihre Befürchtung verlangt. Über wenn die Herren sich um die „Produktion“ sorgen, so denken sie an den Profit, wenn sie Wirtschaft lügen, so meinen sie Macht.

Der politische Machtkampf in Österreich hat in der Tat die politische Machtgewalt der Klasse seinen Ausdruck und seine Grenze gefunden. Der wirtschaftliche Machtkampf hat bisher die Arbeiterschaft in allerdings immer langsamem Fortschreiten. Seit 1918 haben Österreichs Gewerkschaften sechzehn Siege erzielt. Wenn es jetzt wieder zu schweren Kämpfen geht, so wird das österreichische Proletariat zeigen, daß es nicht umsonst in der relativen Stärke der Gewerkschaftsbewegung an erster Stelle marschiert. In dem Lande, in dem jeder sechste Einwohner gewerkschaftlich organisiert ist, mag die Not dem Staat der Unternehmer eine Gelegenheit dünken; die Kampfesfreude der Arbeiter hat sie nicht gebrochen.

### Wilhelm der Neuevolle.

Nicht zurück, es ist alles vergeben. Dieser Ton zu erzeugen, darauf ist ein Brief gerichtet, den Wilhelm, der Sohn, an seinen Lehrer, den Bonner Universitätsprofessor Dr. Horn, gerichtet hat. Wilhelm lädt der Neuevolle, und indem Professor Dr. Horn dies seine Gedanken in den Spalten des schwarzen „Tag“ ver-

öffentlicht, glaubt er die Tränenbüsche aller guten Parteien in Funktion sehen zu können und die Stimmung zu erwecken, ihm zurückzuführen aus dem so einzigartigen Auge in Wieringen. Wilhelm beschäftigt sich mit den politischen Problemen der Gegenwart und erklärt, daß die Frage „Republik oder Monarchie“ nach seiner Ansicht in der jetzigen Zeit überhaupt keine Rolle spielen darf.

„Wie Sie wissen,“ schreibt er, „habe ich stets auf dem Standpunkt gestanden, daß der Monarch des Volkes wegen da ist und nicht das Volk des Monarchen wegen. Nach dem durchbaren Zusammenbruch im Jahre 1918, dessen Folgen sich immer drückender fühlbar machen, hat sich die vom deutschen Volk gewählte Nationalversammlung durch Mehrheitsbeschuß zur republikanischen Staatsform bekannt. Die Weimarer Verfassung ist — trotz allem, was man an ihr aussehen mag — damit eine Tatsache. Meine persönliche Ansicht, daß die Monarchie den Volksinteressen aus mancherlei Gründen mehr Rechnung trägt, kommt dabei nicht in Betracht. Jede Staatsform kann heute einem Volke nur zum Segen gereichen, wenn sie sich auf eine von der Mehrheit dieses Volkes gebilligte und damit fest verankernde Verfassung stützt. Es ist in meinen Augen deshalb auch ein Verbrechen, heute in Deutschland Klassegegensätze zu verschärfen, oder gar den Klassenkampf zu predigen... Die deutsche Arbeiterschaft ist ein Bestandteil des Volksgeistes, wie wir alle andern auch, und keine Staatsform kann bis dahin auf die Dauer halten, die nicht auch von dem Vertrauen der Arbeiterschaft mit getragen wird.“

Doch die Dinge so liegen, halte ich auch eine aufsetzende Betätigung, wie sie sich heute vielerorts aufzeigt, nicht nur zwecklos, sondern auch direkt für schädlich. Natürlich ist es das gute Recht jeder Partei, für sich Anhänger zu werben. Nur darf das nicht in einer Form gelingen, die Ruhe und Ordnung gefährdet. Der Vorgang, den man gemeinhin als „Putz“ zu bezeichnen pflegt, ist und bleibt ein Vergehen an dem deutschen Volke, das neue Erhöhlungen heute nicht erträgt.

Wilhelm stellt sich mit seinem Brief auf den Boden der Weimarer Verfassung. Er ist der Auffassung, daß die Klassengegensätze keine Verstärkung erfahren dürfen und daß jeder Mensch in gleichen Tagen ein Vergehen am deutschen Volke ist. Er vergibt nicht zu bemerken, welche Wut die er damit meint. Bei der ganzen Gesellschaftsstellung Wilhelms darf man mit einem Recht annehmen, daß er sein Hauptaugenmerk vor allem auf die Verstärkung der Klassengegensätze, so wie er sie aussieht, im Sinne der sozialistischen Propaganda legt. Daß die Sinnesthut mit ihrem Profilstreben die eigentlichen Förderer der Klassengegensätze sind, braucht der Bonner Vorsteher nicht zu wissen, da er während seiner Studienfahrt viel mehr Wert legte auf den berühmten Bubenrauber, als auf das Studium volkswirtschaftlicher Tatsachen. Auch das, was er gemeinhin als „Putz“ bezeichnet, ist höchst zwecklos zu deuten. Wahrheitlich wird der Mensch der Kappisten und alle die Umitriebe der monarchistischen Geheimorganisationen ganz in seinem Sinne liegen.

Nicht ganz ohne Interesse ist, was Wilhelm über die italienische Entwicklung seit der Marne Schlacht sagt. Der Sprößling des hohen Adels versteht damit der berühmte Dolchstich, indem er schreibt:

Bereits nach der Marne Schlacht 1914 habe ich einen ersten Sieg nicht mehr für möglich gehalten und deshalb alle Friedensmöglichkeiten unterdrückt, soweit ich das konnte, ohne den Friedenswillen Deutschlands, der dem Vernichtungswillen der Feinde unbedingt entgegenge setzt werden mußte, zu läßtigen. Daß derartige Friedensmöglichkeiten nicht geschafft wurden, war ein Fehler unserer politischen Leitung. Doch im Sommer 1917 bot sich im Otto Graf einen Möglichkeit für Deutschland, leidlich aus dem Kriege herauszutreten. Nach dem Scheitern des militärischen Versuches 1918 wurde die Lage allerhöchst ernst, da jetzt ein schneller Friede herbeigeführt werden mußte.“

Indes alle reuevollen Feststellungen werden nicht erzielen, daß das deutsche Volk die Sprößlinge der Hohenzollern wieder huldvollt in seine Gemeinschaft aufnehmen wird. Der Appell kommt noch immer mit dem Essen.

### Die Reinigung der KPD. in München.

Das München wird uns berichtet: In den letzten drei Tagen tagte in München eine Funktionärsitzung der KPD., die am Freitag zu dem Beschluss kam, den Bandstabsabgeordneten und Herausgeber der Neuen Zeitung, Otto Graf, ferner noch zwei andere führende Mitglieder der KPD. auszuschließen. Der Ausschluß ist darauf zurückzuführen, daß sie seinerzeit zu den 25 Unterzeichnern des Aufrufs, der von Friedland ausgeging, gehörten. Die Neue Zeitung, die sich im Privatbesitz von Otto Graf befindet, hat seinerzeit den Aufruf veröffentlicht. An die Mitglieder der KPD. wurde die Aufforderung gerichtet, die Neue Zeitung abzukennen, da sie nicht mehr Parteiorgan sei. Wahrscheinlich wird Otto Graf zur kommunistischen Arbeitsgemeinschaft übergehen. Der Ausschluß erfolgte mit 75 gegen 30 Stimmen. Die 30 Opponenten erklärten sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch und traten aus. Sie wollen weiterhin außerhalb der KPD. im Sinne des Kommunismus tätig sein. Das Vorhaben gegen Otto Graf kennzeichnet sich auch als ein Konkurrenzmanöver des Verlages der in Augsburg erscheinenden Bayerischen Arbeiterzeitung, die das Bestehe hat, diese zum alleinigen Organ der KPD. in Bayern zu machen.

### Frankreich fordert Genugtuung für Gleiwitz.

Paris, 4. Februar. Nach dem Journal hat auf Grund der Anweisungen aus Warszawas Bürocent dem deutschen Reichskanzler mitgeteilt, daß Frankreich die Reichsregierung für die Vorgänge in Oberschlesien verantwortlich mache und volle Genugtuung, eine gründliche Untersuchung durch die deutschen Behörden, Strafarrest der Schuldigen und volle Entschädigung für die Opfer des Nebenkrieges verlange. Die Note fügt hinzu, daß die französische Regierung sich das Recht vorbehalte, energisch einzutreten, falls die Ergebnisse der deutschen Untersuchung und die von der Reichsregierung gewährte Genugtuung sie nicht völlig befriedigen, und wenn die deutsche Presse fortähnzt zu behaupten, daß die Reichsregierung nicht für die Vorgänge in Oberschlesien verantwortlich gemacht werden könne.

### Die Übernahme Polisch-Oberschlesiens.

Warschau, 6. Februar. Minister Olszowski erklärt gegenüber den Vertretern der polnischen Presse, daß zu erhoffen sei, daß die Übertragung der politischen Macht über Polisch-Oberschlesien auf die polnische Nationalversammlung Ende April dieses Jahres erfolgt. — Der polnische Nationalversammlung am 8. Mai soll in Schlesien in diesem Jahre in besonders feierlicher Weise begangen werden.

### Die Sonderpolitik Poincarés.

Paris, 4. Februar. Wie der Matin mittelt, hat in der gestrigen Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Poincaré über die Reparationen, insbesondere im Hinblick auf die in der vorherigen Woche ergangenen deutschen Gegenverschläge, Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß die Reparationskommission Schwierigkeiten habe, denen sie begegnen müsse. Man versteht logischerweise, daß Dubois seine Demission als Vors

Versässer Vertrag zulasse. Frankreich sei nicht gewillt, sich einer Konferenz anzuhören, die ständig allen möglichen wendbaren Einflüssen der englischen Politik unterworfen sei. Auf dieses Gebiet könne man sich also nicht führen lassen.

Poincaré legte alsdann seine Politik dar und sagte, er werde nur dann nach Genua gehen, wenn das Programm der Konferenz genau festgelegt und die Bedingungen gut formuliert seien. Die Einladung, die an die Sowjetregierung ergangen sei, lege z. B. nicht fest, daß diese die Bedingungen ihrer Zustellung annehmen. Ihr Kommen würde also nur implizite die Annahme der Bedingungen bedeuten. In dieser Hinsicht müsse man sicher gehen. Außerdem würde die Konferenz von Genua bedeutend hinausgeschoben. — Die italienische Ministerie könne noch etwa 10 Tage dauern. Die Unmöglichkeit des italienischen Ministerpräsidenten sei unbedingt nötig. Man habe noch Zeit zum Überlegen.

### Gesetzgebungen der Reparationskommission.

Berlin, 8. Februar. Halbamtlich wird gemeldet: Die Reparationskommission hat den deutschen Regierung für das Jahr 1922 Gesetzgebungen für Frankreich, Belgien, Italien und England übermittelt. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, der Reparationskommission bekanntzugeben, daß sie entschlossen ist, gesetzlich zulässige Maßnahmen zur Anwendung bringen wird, um die Durchführung einer Lieferung von 1.275.000 Hatchols- und Kieserschwellen, 441.700 Telegraphenstangen, 155.000 Holzrundholz und 1.246.000 Festmeter Schnitholz zu ermöglichen.

### Internationale Sozialistenkonferenz.

Paris, 5. Februar. Die heutige Sitzung der internationalen Sozialistenkonferenz beschäftigte sich mit der sozialistischen Einheitsfront. Ein Besluß ist nicht gefasst worden. Morgen vorzeitig treten die anwesenden Mitglieder der Exekutivausschüsse von London und Wien zu einer Beratung der Angelegenheit zusammen.

In der Schlussitzung wurde an die deutschen sozialistischen Parteien ein Telegramm gerichtet, in dem gelagt wird, für den Fall, daß die deutschen Delegierten durch den Eisenbahnstreik an der Reise nach Paris verhindert werden sollten, werde eine neue Konferenz zu weiteren Verhandlungen und zur Beschlusshaltung in aller Kürze in Frankfurt einberufen werden. In dieser Halle würde die Partei-Konferenz morgen um 2 Uhr geschlossen werden.

### Ein österreichischer Killer.

Wien, 6. Februar. (T.U.) Bundespräsident Hainisch hat an den König von England ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die drohenden katastrophalen Verhältnisse in Österreich an König Georg das Eruchen richtet, der Frage der Gewährung eines Kredits Englands an Österreich seine Unterstützung und Förderung angeleihen zu lassen.

### Das Schlußergebnis der Neuwahlen in Portugal.

Lissabon, 6. Februar. (T.U.) Das jetzt vorliegende Ergebnis der Neuwahlen in Portugal zeigt, daß die Demokraten über die Mehrheit in der Kammer verfügen. Die Demokratische Partei hat jetzt im Senat 88 von 57 und im Unterhause 78 Sitze. Die übrigen 76 Sitze entfallen fast so wie vorher auf die andern Parteien.

### Ermordung des albanischen Ministers des Innern.

Belgrad, 6. Februar. (T.U.) Die Blätter melden aus Skutari, daß der albanische Minister des Innern Ahmed Bey Mati ermordet worden ist. Der Ermordete war einer der bekanntesten nationalsozialistischen Führer.

### Aenderung des Landessteuergesetzes.

Im Reichsfinanzministerium ist der Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 ausgearbeitet worden, der dem Reichswirtschaftsrat in seinen nächsten Sitzungen beschäftigen wird. Der vorliegende Gesetzentwurf schlägt eine Reihe von Aenderungen des Landessteuergesetzes vor, ohne jedoch den Grundgedanken des Gesetzes über seinen Aufbau im ganzen anzutasten. Was die Frage der Beteiligung der Länder und Gemeinden an dem Aufkommen von Reichssteuern angeht, so macht sich der Entwurf im allgemeinen die entsprechenden Bestimmungen zu eigen, die schon vom Reichsrat getroffen und in die vom Reichsrat genehmigten Steuergesetzwidere übernommen sind. Dementsprechend soll in das Landessteuergesetz die Bestimmung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderung des Umlaufsteuergesetzes aufgenommen werden, wonach die Gemeinden nicht nur von dem Auskommen der erhöhten Umlaufsteuer auf die Verarbeitung von Speisen und Getränken einen erhöhten Anteil (40 Prozent) erhalten werden, sondern auch zusammen mit den Gemeindeverbänden Zusagen erheben können, die den Satz von 100 Prozent nicht übersteigen dürfen.

### Postverkehr zwischen Deutschland und Rußland.

Die russische Regierung hat mit der Aeroplano U. G. in Berlin eine Gesellschaft unter dem Namen "Deutsch-russische Luftverkehrs-Gesellschaft" gegründet. Die Gesellschaft bestätigt, vom Frühjahr dieses Jahres ab einen regelmäßigen Luftverkehr zwischen Deutschland und Russland mit finanzieller Hilfe der russischen Regierung zunächst auf der Strecke Königsberg—Moskau im Anschluß an den Berliner Nachschubflug und umgekehrt zu unterhalten. Die Arbeiten, bei denen die neuesten Errungenschaften der Fliegtechnik Verwendung finden, werden von deutschen und russischen Firmen geleitet. Der Verkehr soll in erster Linie dazu dienen, die amtliche russische Post von Berlin nach Moskau und umgekehrt zu befördern. Der Postdienst, den man vorstellt, wird die Beförderungsdauer auf 22 Stunden herabsetzen. In der Errichtung der Gesellschaft sind u. a. die AGG, die Hamburg-Amerika-Linie und die Zeppelin-Werft interessiert. Die Deutsch-russische Luftverkehrs-Gesellschaft ist auf ähnlicher Basis aufgebaut, wie die Deutsch-russische Transporth-Gesellschaft, deren Mitbegründer ebenfalls die Hamburg-Amerika-Linie ist.

### Abgebliebene Deutschnationale.

Wie die Germania mitteilt, hatte der deutchnationale Abgeordnete Staatsminister a. D. Herzog gegen die Germania Klage erhoben, weil Herzog in ihrer Kennzeichnung der Haltung der Deutchnationalen Volkspartei und ihrer Haltung in Sachen des Mordes an Erzberger eine Beleidigung seiner Partei erachtete. Da die gesetzlichen Termine von Herzog nicht eingehalten wurden, hat das Urtümgericht Berlin-Witten die Klage Herzogs kostenpflichtig abgewiesen.

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Tagung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes.

Am Sonnabend trat im Sitzungssaal der Wiener Arbeitskammer das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiter-Bundes zusammen. Anwesend sind Jig (Schweiz), Solan (England), Hansen (Dänemark), Dihmann und Reichel (Deutschland), Brownlie (England), Mercheim (Frankreich), Danz und Peters (Holland), Duozzi und Guarneri (Italien), Domes, Sieit und Niedenhofer (Österreich) und Vertreter Serbiens, Polens, Schwedens, der Tschechoslowakei und Ungarns. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist durch Merien vertreten, die österreichische Gewerkschaftskommission durch Hueber.

Auf der Tagesordnung stehen: 1. Sekretariatsbericht und Aufführung der Beiträge der einzelnen Landesorganisationen an den Internationalen Metallarbeiterbund. 2. Berichte: a) Erhebung über Kriegs- und Waffenfabrikation. b) Lohnstatistik und Lebensmittelpreise. 3. Stellungnahme zur allgemeinen Situation, insbesondere zu der internationalen Konferenz der Berg-, Transport- und Metallarbeiter vom November 1921 in Amsterdam und zu dem im April 1922 in Rom stattfindenden Internationalen Gewerkschaftstag.

Nach einer Begrüßungsansprache des internationalen Sekretärs Jig wurde Domes zum Präsidenten, Solan zum Vizepräsidenten gewählt. Jig erstattete den Sekretärbericht. Er führt aus, daß eine der Hauptbereiche des Sekretariats gewesen sei, mit den amerikanischen Verbänden in Verbindung zu treten. In Amerika gibt es etwa 20 verschiedene Metallarbeiterorganisationen. Eine der größten von ihnen, der Verband der Maschinenbauer, ist dem Internationalen Metallarbeiterbund angegeschlossen. Wenn es wahr ist, was die Zeitungen melden, daß Comptons gegen die Einladung Sowjetrußlands nach Genua Protest erhaben hätte, dann geht das, da die geistige Verfassung in Amerika noch sehr weit von unserem Ziel entfernt ist. Es muß aber festgestellt werden, daß die Opposition gegen Comptons immer größer wird. In Spanien ist es nicht gelungen, die dortige Metallarbeiterorganisation unserem Bunde anzuschließen. Auch in Rumänien, Bulgarien und Südtirolen, wo die Frage Moskau oder Amsterdam eine Hauptrolle gespielt hat, sind die dortigen Metallarbeiterorganisationen uns nicht angegeschlossen. Somit aber sind sämtliche übrigen Länder mit Ausnahme Russlands Mitglieder unseres Bundes. Beigleitlich Ruhlande haben wir beschlossen, daß die russischen Metallarbeiter nicht unserem Bunde angehören können, solange sie die Moskauer Internationale angehören.

In der Debatte sprachen die Vertreter Italiens, Englands und schwedischer Dihmann, der ausführte, er hoffe, es werde mit Ruhland zu einer Verbindung kommen. Es ist in sozialer Hinsicht zu bedenken, daß die drei sozialistischen Gruppen zusammenkommen. Alle Fragen der Arbeiterschaft können nur durch die internationale Organisationen gelöst werden. Wir stehen bezüglich Ruhlands auf dem Standpunkt, daß es zwei Internationalen nicht geben kann. Solange die Moskauer Internationale nicht aufgelöst wird, ist ein Zusammenarbeiten mit den russischen Gewerkschaften nicht möglich. Wir würden aber eine baldige Zusammenarbeit sehr wünschen. Hierzu wurde der Bericht des Sekretariats einstimmig zur Kenntnis genommen.

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes nahm auf Antrag des internationalen Sekretärs Jig folgende Resolution an:

Das Zentralkomitee nimmt mit tiefer Ergriffenheit von der wirtschaftlichen Notlage, in der sich Wien und Österreich befinden, Kenntnis. Die Bevölkerung des österreichischen Landes wird vor einem Zusammenbruch bedroht. Das Zentralkomitee wendet sich an die Repräsentanten der alliierten Länder mit dem Eruchen, die so lange schon in Aussicht gestellten und längst fälligen Kredite sofort flüssig zu machen.

Der englische Delegierte Brownlie erklärte sich bereit, an Hendersen ein Telegramm zu schicken, in dem er die furchtbare Lage Österreichs ausführlicher und Henderson erfuhr alles zu tun, damit Österreich so rasch wie möglich Hilfe erhalten und vor dem Zusammenbruch gerettet werde.

Hierauf wurde die Beratung über die Sekretariatsberichte fortgesetzt. Hansen (Dänemark) führte aus, daß von den der Landeszentrale in Dänemark angegeschlossenen Arbeitern 100.000 mit Entlassung bedroht sind. Die Unternehmer fordern ab 1. Februar eine Lohnreduzierung um 15 Prozent und außerdem eine Herauslösung der Industriearbeiter, was insgesamt einer Lohnreduzierung um 30 Prozent gleichkommen würde. Der schwedische Delegierte Johansson führte aus, daß die schwedischen Unternehmer die Löhne um 45 Prozent reduzieren wollen. In Schweden sind 160.000 Arbeitnehmerlos, 25 Prozent der übrigen arbeiten mit verkürztem Arbeitszeit. In langer Zeit muß es in Schweden zu einem erbitterten Kampf zwischen Unternehmen und Arbeitern kommen. Schötz (Wien) legte auseinander, daß die österreichische Produktion nicht ausreiche, um die Bevölkerung des Landes zu ernähren. Seit dem November ist die Indezahl von 52 auf 375 gestiegen. Die Unternehmen verlangen eine Lohnherabsetzung um 20 bis 30 Prozent und kämpfen gegen den Achtkunderttag und das Arbeitserlaubnisgebot. In einigen Monaten muss der Zustand elektron, daß die österreichischen Arbeiter weder zu arbeiten noch zu essen haben.

In der Montagsitzung wurde eine Enthaltung angenommen, in der den kämpfenden Arbeitern Dänemarks volle Sympathie ausgesprochen wird und die angeschlossenen Organisationen aufgefordert werden, die dänischen Arbeitern in ihrem Kampfe moralisch und finanziell zu unterstützen. Ferner wurde eine Enthaltung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die dem Internationalen Metallarbeiterbund angegeschlossenen Organisationen an der Amsterdamer Gewerkschaftskonferenz festhalten

### Vergleichsvorschlag im Straßenbahnerstreik.

Unter Leitung des Vorsitzenden des gesetzlichen Schlichtungsausschusses Rechtsanwalt Dr. Doering fanden am Sonnabend vor zu diesem Zweck besonders gebildeten Kammer-Einigungsverhandlungen statt, die zu folgendem Ergebnis führten: In der Einigungsverhandlung zur Beilegung des Streiks der Straßenbahnerkraft der Großen Leipziger Straßenbahn hat die Sondereinigungskammer der Parteien folgenden

#### Vergleichsvorschlag empfohlen:

1. Die Arbeit wird unverzüglich wieder aufgenommen.
2. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.
3. Abstimmungen und Beschäftigungen der Arbeitnehmerkraft auf Grund von Vorgängen während der Streikstage dürfen nicht statthaben.
4. Die Große Leipziger Straßenbahn gewährt mit Wirkung vom 15. Dezember 1921 einen Stundenlohnzuschlag von 2 Mk.
5. Die Parteien werden ersehen, daß die Schlichtungskammer Leipzig bis zum 7. Februar 1922 das Ergebnis ihrer unmittelbaren Verhandlungen auf Grund dieses Vergleichsvorschlags schriftlich mitzuteilen.

Die Bevölkerung nahmen teil außer dem unparitätischen Vorsteher Kreishauptmann Lange und Oberregierungsrat Schaeffer, also unparitätische Bevölkerung Baurat Jäger, Stadtbaurat Peters, Stadtrat Dr. Böhme von Arbeitsbedarfe und Techniker, Sängerlau und Herrmann von Arbeitnehmerselte.

Der Punkt 2 dieses Vergleichsvorschlags machte sich nötig, weil die Ferien und die Pension nach der Dauer der Beschäftigung bemessen werden.

Die Vertreter der Arbeiterschaft haben zugestimmt, sich bei dem Streitende für die Annahme des Vergleichsvorschlags, der etwa dem letzten Antrag der USV im Städteverbandeskollegium entspricht, einzusehen. Die Straßenbahner nehmen heute zu dem Vorschlag Stellung. Es steht nun an dem Rat, den Streik dadurch zu beenden, daß er seinen ablehnenden Standpunkt gegen eine über die im Schiedspruch für Gemeindearbeiter hinausgehende Auslastung für die Straßenbahner aufgibt. Der Rat hat es mit der Beendigung des Streiks eindeutig gar nicht eilig, denn wie die Leipziger Neuesten Nachrichten zu melden wissen, nimmt der Rat erst in der am Dienstag stattfindenden Gesamtratssitzung Stellung zu dem Vergleichsvorschlag.

Die streikenden Straßenbahner nahmen heute normitäg in einer Versammlung im Volkshaus zu dem Schiedspruch Stellung. Der Kommunist Hermann teilte mit, daß die Zentralstreitstellung und die Vertrauensleute beschlossen hätten, den Straßenbahner die Annahme des Vergleichsvorschlags zu empfehlen. Das wurde mit Beifall aufgenommen.

Die Versammlung geht bei Redaktionsschluss weiter, es ist aber nicht davon zu zweifeln, daß der Vergleichsvorschlag angenommen

### Technische Notfälle und Messe.

Unter dieser Überschrift brachte die Neue Leipziger Zeitung vor einiger Zeit eine Notiz über eine an das Reichsministerium des Innern gerichtete Eingabe der Verkehrsarbeitsgemeinschaft Leipziger Körperschaften. Die Eingabe richtet sich gegen die Lohnsätze der Arbeiterschaft, die ohne Rücksicht auf die Messe durchgesetzt wurden. Man will alle Streiks während der Messe verhindern wissen und verlangt deshalb einen verdeckten Schutz für den Messeverkehr. Folgende Teile des Messeverkehrs sollen als lebenswichtig anerkannt werden:

1. Beherbergung und Verpflegung der Messebesucher.
2. Transport der Messegäste von und nach den Bahnhöfen.
3. Sicherstellung der Messegäste gegen Beschädigung und Betrug.
4. Aufrechterhaltung eines angemessenen Straßenbahnbetriebs zur Beförderung der Messebesucher und der Messebediensteten.
5. Sicherstellung der Unschädlichkeit von Wasser, Gas und Elektricität in dem Maße, daß die unter 1 bis 4 aufgeführten Maßnahmen durchgeführt und die Sicherheit der Messebesucher und des Verkehrs auf Straßen, Plätzen und Bahnhöfen sowie in den Messehallen gewährleistet werden kann.

Sollten die Wünsche der Verkehrsarbeitsgemeinschaft Tat-sache werden, dann bestände eine große Gefahr für das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft. Die beteiligten Gewerkschaften tun gut, bei diesen energischen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Eine weitere Note hat die Angelegenheit aber auch. Unter Ziffer 1 benennt man als lebenswichtig die Beherbergung und Verpflegung. Ob man so wohl auch an die Cabaretts, Weindiele, Freudenhäuser und die kleinen Löschereien gedacht hat, die unsere Messehöfe doch schwerlich missen möchten?

### Der Fleischhersteller als Ausbeuter.

Nur Arbeit kann uns retten! So denkt auch der Fleischhersteller Oskar Stephan, Lohohl, Wiederkehrer Str. 8. Herr Stephan mußte, da er nicht den sozialistischen Leben zahlt, verhaftet werden. Gänge 100 Mk. pro Woche zahlte er seinem Gehilfen und davon wollte er auch noch Steuern und Krankengeld abziehen. Außerdem mußte der Gehilfe auch Überstunden leisten, und zwar innerhalb 14 Tagen 33½ Stunden. Natürlich unentgeltlich. Da Herr Stephan seinen Antrag auf Genchmitzung von Überstunden gestellt hat, ist es ratsam, daß sich einmal die Gewerbebehörde den Betrieb etwas näher anschaut. Unser Kollegen aber raten wir, diesen Betrieb zu melden.

### Der Schiedspruch der läufigen Gemeindearbeiter angenommen.

Der in Berlin von dem gemeindlichen Zentralkomitee am 30. 1. gefallene Schiedspruch über die Gemeindearbeiterlöhne im Großstaat Sachsen ist von beiden Parteien angenommen worden.

### Eine neue Gewerkschaftspolitik in Sowjetrußland.

O. T. Moskau, 1. Februar. Das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei veröffentlichte neue Richtlinien für die Gewerkschaftspolitik mit der ausdrücklichen Angabe, daß sie unter Beteiligung Lenins verfaßt worden sind. Es wird darin ausgeschlossen, daß das Auftreten von Privatunternehmungen und die Umstellung der staatlichen Betriebe auf Kaufmännische Grundlagen eine Belebung der Gewerkschaften erfordere und ihnen die Aufgabe stelle, den Klassenkampf gegen das Kapital und den Kampf mit dem Bürokratismus, den Fehlgriffen und Überbelastungen der staatlichen Wirtschaftsorgane zu führen. Letzteres dürfe indessen weder durch Streiks, die einen Kampf gegen den proletarischen Staat bedeuten würden, noch durch Eingriffe in die Betriebsverwaltung, sondern lediglich durch vereinzelte Tätigkeiten der Gewerkschaften erfolgen. Die Streiks in den staatlichen Industrien, die infolge der Rückständigkeit einerzelner Arbeitergruppen, durch gegenseitige Verhinderung oder mangelnde Umfrage der Gewerkschaften ausbrechen könnten, müssen sorgfältig liquidiert werden. Der Beitritt der Arbeiter zu den Gewerkschaften dürfe fortan nur freiwillig erfolgen, da der gewerkschaftliche Organisationszwang zum Zusammenbruch innerhalb der Gewerkschaften und zu ihrer Entstaltung von den Arbeitern geführt habe. Politischen Fragen gegenüber müßten sich die Gewerkschaften ebenso wie in der Frage der Religion neutral verhalten und darüber hinausfalls eine demokratische Einstellung von den Mitgliedern verlangen. Alle Eingriffe der Gewerkschaften in die Verwaltung, auch den privaten Betrieben, die viel Schaden angerichtet hätten, müßten aufgehören und die Fragen der Entlohnung usw. dürfen lediglich durch Verhandlungen der Parteien und nicht mehr durch einseitige Verfügungen geregelt werden.

Streik der Metallarbeiter in Hagen. In Hagen fand am Freitag eine Versammlung der den christlichen Gewerkschaften angehörigen Metallarbeiter statt, in der über den Streik abgestimmt wurde. Der gefallene Schiedspruch wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt und der Streik für Montag, den 6. Februar, beschlossen.

Bergarbeiterstreik in Mähren. Am Freitag fand in Brünn eine Bergarbeiterkonferenz der Betriebsräte des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers statt, welche die Forderung zur Generalstreik zur Kenntnis nahm. Am Freitag standen bereits 45.000 Bergarbeiter im Braunkohlegebiete im Ausstande, während der Streik in den Steinbrüchengebieten Kladno und Möhlin-Österau erst in den späteren Nachmittagsstunden erlebt. — Nach Schätzungen der Bergarbeiterorganisationen beträgt am Sonnabend die Zahl der streikenden Bergarbeiter der Republik mit Einschluß der Slowakei 185.500 Mann. Bisler verließ den Streik in voller Ruhe.

### Der Stand der Valuta.

#### Amtliche Mittagskurse.

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	8. 2. 22	4. 2. 22
	Mart		
1 amerikanischer Dollar	412		

# Inventur-Ausverkauf

Keinerlei minderwertige Erzeugnisse. — Jeder Stoff wird vor Anfertigung auf unbedingte Haltbarkeit streng geprüft. — Ueberall groÙe Auswahl.

## Ausverkaufspreise

Herren-Anzüge . . .	M 197	350	530	570	585	675
Herren-Anzüge . . .	M 710	715	820	890	945	1125
Herren-Schläpfer . . .	M 450	530	580	690	790	925
Herren-Schläpfer . . .	M 975	1025	1075	1125	1150	1175
Herren-Hosen . . .	M 65	80	88	98	110	115
Herren-Hosen . . .	M 125	133	151	184	202	350
Herren-Loden-Joppen . . .	M 118	180	207	277	325	355
Knaben-Anzüge . . .	M 60	70	80	90	128	335

Herren-Winter-Ulster Mk. 247.— Bozener Mäntel  
Pelerinen — Gummi-Mäntel — Sport-Anzüge  
Breeches-Hosen — Berufskleidung — Leibchen-  
Hosen Gr. 1-6 Mk. 22.— Kniehosen Gr. 7-12 Mk. 37

**Friedrich Treumann**  
Rossplatz 1 Leipzig Rossplatz 1

Gegen Haarausfall Schuppen, dünne spärlichen Haarwuchs ist unübertroffen. Hellemanns Haarsalbe. Ein Verlust überzeugt. Tägliche Anwendung. Preis 11.— M. Zu haben nur Windmühlenstr. 49, Eing. Altenb. Str. 1.

**Brennholz**  
Reichshausen und Scheitholz verkaufen  
Neuer Gasthof, Gohlis.

Wo finden Sie den beliebten Uhrmacher? Nur Berliner Str. 11 Ferdinand Fischer Uhren-Zunftstraße 10.

**Deutscher Verkehrsbund**  
Abteilung Post und Telegraphie.  
Heute abend 1/2 Uhr in den Drei Lilien, Neudorf, Rohlgartenstr.  
Mitgliederversammlung sämtlicher Arbeiter u. Beamten

Tagesordnung:  
Stellungnahme zum gegenwärtigen Streik der Eisenbahner.  
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung und der dort eventuell zu fassenden Beschlüsse hat unbedingt jeder zu erscheinen.  
Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Die Sektionsleitung.

## Auflösung über den Eisenbahnerstreit.

Die unrichtige und schief Darstellung des Streites der Eisenbahnbeamten in der Presse und in der Öffentlichkeit ist gejagt, über die Beweggründe zum Streit eine völlig falsche Auffassung zu führen.

Zur Auflösung halten wir deshalb eine sachliche Darstellung der Vorgänge für dringend erforderlich.

Die Gehaltsregelung im November blieb hinter dem durch die Teuerungsverhältnisse unbedingt Erforderlichen in den Säben der mittleren und unteren Belohnungsgruppen weit zurück. Sie konnte diese Gruppen daher in keiner Weise befriedigen und mußte um so verhindernd wirken, als die Gehälter der höheren Beamten in weit entgegengesetzter Weise den bestehenden Verhältnissen angepaßt wurden. Der Einblick von der völlig unlogischen Regelung der Einkommensverhältnisse von der Beamtenchaft konnte sich auch der Reichstag nicht verschließen, in mehreren Entschließungen forderten daher die Parteien die Regierung auf, unverzüglich in eine Revision des Belohnungsgegesetzes für die unteren und mittleren Belohnungsgruppen einzutreten. Wird doch z. B. das Existenzminimum erst beim Höchstgehalt der Belohnungsgruppe VII erreicht.

Geht auf diese Entschließungen und bedrängt von seinen Mitgliedern, die bei der in immer heftiger werdender Weise steigenden Teuerung dem vollständigen Nutzen vorsorgegeben waren, forderte der Deutsche Beamtenbund seit 3. Dezember eine Angleichung der unteren und mittleren an die oberen Belohnungsgruppen. Die Regierung hat es trotz allen Drängens und trotz der Entschließung des Reichstages bisher rückwärts abgelehnt, mit den Vertretern der Organisationen auf der Grundlage eines sozialen Ausgleiches zu verhandeln. In der schroffesten Form wurden unsere Händler mit ihren Forderungen von den Vertretern der Regierung abgewiesen. Gelegentlich anderer Verhandlungen hat der Vertreter des Reichsfinanzministeriums v. Schillen untere Unterhändler in geradezu unverantwortlicher Weise drückt.

Das das Vorzeichen der Regierung die ohnehin schon vorhandene Erregung in der Beamtenschaft zur Siebecke steigern mußte, liegt auf der Hand.

Die Lage wurde unthalbar werden, als von Seiten der Regierung das Arbeitszeitgesetz ohne Veröffentlichung des Protestes der Arbeitnehmervertreter als Entwurf zur Vorlage kam. Insbesondere war es hier der § 4, der eine ungemeine Erhöhung auslöste, während den unteren Gruppen Arbeitszeiten bis zu 12 und 15 Stunden täglich auferlegt werden können, sollen nach diesem § die höheren Beamten und solche mit einem Einkommen von über 30.000 M. höchstens Dienststellenvorsteher sind, hierzu ausgenommen sein. Sollte diese werde also der Arbeitszeitdienst unverändert stehen bleiben. Jedes Eingehen auf die von Seiten der Eisenbahnorganisationen gemachten Vorschläge wurde durch die Regierung kategorisch und in der hündigsten Form abgelehnt.

Auf Grund dieses provokierenden Vorgehens der Reichsregierung und des eigenwilligen Verhaltens des plötzlich umgestellten Reichstags hat die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, nachdem alle Möglichkeiten, auf dem Verhandlungsweg zu einem Ergebnis zu kommen, gescheitert waren, der Regierung ein fünfjähriges Ultimatum auf Einleitung von Verhandlungen auf der Grundlage der Angleichung der Grundgehälter der unteren an die der höheren Belohnungsgruppen und der Änderung des Arbeitszeitgegesetzes gestellt. Die Antwort der Regierung war die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar, die Beibehaltung von Verbandsvereinigungen — Streifonen bestehen bei feiner Beamtenorganisation — und die Verhaftung von Organisationsführern.

Was hätte wohl in ehemaligen „alenzvollen“ Zeiten der damalige Führer der sozialdemokratischen Partei, der jetzige Reichspräsident zu einer solch unerhörten Herausforderung gesagt! Erreicht wurde dadurch nur, daß der Streit mit aller Schärfe einsetzte und sich die gesamte im Deutschen Beamtenbund organisierte Beamtenchaft und der überwiegende Teil der deutschen Eisenbahnarbeiter geschlossen hinter ihre kämpfenden Kollegen stellte.

Wir bedauern es, daß es die Führer anderer Arbeitnehmerorganisationen, die auch Beamte und Staatsarbeiter zu ihren Mitgliedern zählen, fertiggebracht haben, mit Aufrufen und in Versammlungen den kämpfenden Eisenbahner in den Rücken zu fallen. Inwieweit sich dieses Verhalten mit dem Gewerkschaftsgedanken verträgt, soll hier unerörtert bleiben.

Die unsohnen Schäden des Streites für das Volksgenossen können wir sehr wohl beurteilen und bedauern es aufs tiefste, müssen aber seine Folgen dem lebendigen Urteil jeder denkenden Mensch, sich aus den vorliebend angeführten Tatsachen ein klares Bild zu machen. Von allen verlassen, ist die Beamtenchaft, auf sich selbst gestellt, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gewillt, das ihr von der Regierung vorenthalte Recht auf ein menschenwürdiges Dasein für sich und ihre Familien zu sichern.

Deutscher Beamtenbund. Ortskarl Leipzig.

**Emser Quellsalz**  
zum Gurgeln bei Katerzähnen.

**Raucht Gustav Schmidt's Zigarren**  
Leutzsch Hauptstr. 87

**CREME PERI**

Eine Sicherung gesellschaftlicher Vorteile  
ist die gepflegte äußere Erscheinung. Die elegante Kleidung kommt erst recht zur Geltung, wenn ein schöner Teint die Harmonie mit schönen Kleidern herstellt. "Creme Peri", die Hammamelis-Creme, enthebt Sie aller Sorge um Ihre Haut.  
Überall erhältlich  
Dr. M. Albersheim, Frankfurt a. M.

**CREME PERI**  
Dr. M. Albersheim  
Fabrik feiner Parfümerien  
Frankfurt, 3M

Soeben erschienen!

**Almanach**  
des Verlages der  
Kommunistischen Internationale

Mit Beiträgen von: Lenin / Snowiew / Trotzki / Bucharin / Radek / E. Varga / Rosa Luxemburg / Karl Liebknecht / John Reed / Arthur Ransome / Upton Sinclair / O. W. Kuusinen / Gussew / Kataja / Josef Pogany / Artur Warner / P. Werner

330 Seiten Mit 30 Illustrationen  
Preis: Broschiert Mk. 45.— / Organisationausgabe Mk. 18.—  
Der ab 1. Jan. 1922 geltende Preisauflauf ist eingerechnet

Zu bezahlen durch:  
**Verlag Carl Hoym Nachf.**  
**Louis Cahnbley, Hamburg**  
alle Buchhandlungen u. Auslieferungsstellen der KPD.

**Blumensäle.**  
Täglich abends 18 Uhr  
Künstler-Kabarett.  
Sonntags 2 Vorstellungen. \* 4 Uhr u. 18 Uhr

Für die anlässlich unserer Goldenen Hochzeit dargebrachten Glück- und Segenswünsche und Geschenke sagen wir nur hierdurch unseren herzlichen Dank.  
Leipzig-Großschocher, den 8. Februar 1922.  
Wilhelm Reichelt und Frau.

**Ortsverein Alt-Leipzig (U.S.P.D.)**

Sonntagnachmittag, den 11. Februar, abends 7 Uhr  
im großen Saale des Volkshauses.

**Wintervergnügen mit Festball**

unter gütiger Mitwirkung des Turnvereins Elche (Leipzig), des Männerchor Zentrum-Süd (Dirigent: P. Michael) u. des beliebten Gustav-Schütze-Orchesters.

Der Eintrittspreis beträgt 2 Mark.

Eintrittskarten sind bei allen Bezirks- und Gruppenführern sowie in der Volksbuchhandlung, Zeitzer Straße, u. an der Kasse zu haben.

Alle Mitglieder und Gäste laden freundlichst ein.

DER VORSTAND.

In der Sonnabendnacht verschloß schnell und unerwartet, infolge eines dritten Schlaganfalls, im 19. Lebensjahr, unser unvergesslicher Sohn, mein lieber Bruder, der Politik-Retoucheur

Richard Dippel

mehrjähriges Mitglied des Arbeiter-Sam.-Bundes. Ein lebensstreiches, edles Menschenbild hat aufgehoben zu sein.

2. Voltmarsdorf, Kirchstraße 11

In tiefer Trauer  
Johann Dippel, im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Einäscherung findet Mittwoch, 8. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Am Mittwoch, dem 31. Januar, verschloß nach langem Löwern, mit großer Geduld ertragtem Leben, in blühendem Alter von 17 Jahren, unser lieber Jugendfreund

Otto Pampel

Er ruhe in Frieden!  
Schönau, den 3. Februar 1922.  
Gewidmet von der Jugend zu Schönau.

Heute früh 1/2 Uhr verstarb nach kurzer Krankheit, im Alter von 6½ Jahren, unser liebstes Mädchen und Schwester Jilse.

In tiefer Trauer  
Paul Scheller und Frau nebst Kindern.  
Beerd. Donnerst., zwisch. 9 u. 11 Uhr, Trinitatisfriedhof.

Am Sonnabendmorgen verschloß nach schwerer Krankheit, im vollendeten 46. Lebensjahr meine gute brave Frau, unsere treulose Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Elisabeth Windler.

In tiefer Trauer  
D. Lönnig, Colloredostraße 24, am 5. Februar 1922  
Heinrich Windler  
nebst läufigen Hinterbliebenen.

Beerd. Mittwoch, 8. Febr., 3 Uhr, a. d. Lönniger Friedh.

Für die unendlich vielen wohlthuenden Beweise  
der Liebe, Verehrung und inniger Teilnahme,  
welche uns beim Heimgehen unterteilt, unvergesslichen Entschlafenen, der Frau

Selma Grützner geb. Knorr

wurde geworden sind, lage ich nur hierdurch im Namen aller Hinterbliebenen meinen stets glücklichsten

Dort.

2. Paunsdorf, den 4. Februar 1922  
Albert Grützner.



lichen Grundstück beschäftigt wieb. Die Mittel werden voraussichtlich nur bis zum 31. März 1922 zur Verfügung stehen. Anträge auf solche Zuschüsse sind daher schleunigst beim Arbeitsamt II, Gerberstraße 8, Zimmer Nr. 39, unter Beifügung von Kostenanschlägen anzubringen, wo auch jede weitere Auskunft (Telephon 1-170/71) gern ertheilt wird.

Die Sammlungen der Räthlichen Museen können wegen der eingetretenen Kohlenmangels vom 6. Februar an bis auf weiteres nur von 11 bis 1 Uhr geöffnet werden. Für die Verwaltungs- und Bibliotheksräume verbleibt es bei den bisherigen Öffnungszeiten.

Freireligiöse Gemeinde Leipzig. Veranstaltungen im Februar. Westbezirk: Sonntag, den 10. Februar, Sonntagsfeier im Priegnitzbad, 7 Uhr abends. — Bezirk Zentrum: Donnerstag, den 16. Februar 1922, Versammlung im Volkshaus, Zimmer 9, abends 7 Uhr. — Ostbezirk: Mittwoch, den 8. Februar, Versammlung, Weintraube, 1/2 Uhr.

#### Ebenomittkalender für Dienstag, den 7. Februar.

##### Für Haushaltungen.

Ausgabe: Limburger Röte an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf die vom Präsidium der Kriegsgerüststelle ausgestellten Reisepassarten. Buchst. T. V. W.-Z., Markthalle, Holzerie, Stand 150. Es erhalten 1-3 Röte 1 Pfund, 4 und mehr Röte 2 Pfund Röte Preis 18.- M. pro Pfund. Die Buchstaben müssen eingehalten werden. Papier mitbringen.

#### Veranstaltungen der Sozialistischen Proletarierjugend Groß-Lpzgs.

Allgemeine Mitteilungen der Partei. Am Montag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung der Ortsgruppenleitung. Alle Bezirksvertreter haben zu erscheinen. — Die Monatsberichte für Oktober, November und Dezember müssen allerfälligstens 20. Februar eingetragen sein. Auch sind bis zum gleichen Datum sämtliche Beiträge, Zeitungen und Festkarten abzurechnen. Kassenstunden Montags und Freitags von 7-8 Uhr. Alt-Leipzig, Freitag, 1/2 Uhr: Vortrag. Mitgliedsbeiträge mitbringen. — Böhlitz-Ehrenberg, Programm nicht eingesandt. — Connewitz, Donnerstag, Vesperabend. — Dösen, Mittwoch: Heimabend. — Löbtau, Mittwoch: Diskussionsabend. — Groß-Johtha, Mittwoch: Vortrag (U. Jonach). — Gohlis, Mittwoch: Vortrag (Herrn). — Klein-Johtha, Mittwoch, 7 Uhr: Mitgliederversammlung. Mitgliedsbeiträge mitbringen. — Penig, Dienstag: Vortrag (Wagner). — Donnerstag: Vesperabend. — Lindenau, Dienstag: Fragezetteldiskussion. — Donnerstag: Vortrag (Schiffel). — Liebertwolkwitz, Donnerstag: Vesperabend. — Mosau, Mittwoch: Diskussionsabend in der Schule. — Niedern, Donnerstag: Vortrag (Kühn). — Neustadt-Neusämsfeld, Mittwoch: Heimabend. — Kohlen und Instrumente mitbringen. — Ost, Mittwoch: Vortrag (Schiffel). — Paunsdorf, Mittwoch: Vortrag (Ehrhardt). — Blasewitz-Schleußig, Mittwoch, 7 Uhr: Vortrag (Moritz). — Schönheide, Donnerstag: Vortrag (Herrn). — Thonberg, Dienstag: Vesperabend. — Wahns, Dienstag: Vortrag (Schröter).

#### Sächsische Angelegenheiten.

##### Vorbericht - Sitzung der Erwerbslosenräte.

Am Montag, dem 30. Januar, fand in Leipzig eine Sitzung der Erwerbslosenräte Sachsen und Groß-Thüringens im Beisein eines Mitgliedes des Reichsausschusses statt.

Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht von der Reichsausschüfung.
2. Das Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 5. 11. 1921.
3. Existenzminimum und Salomonarbeiter.

Den Bericht führte Genosse Grunert als Vorsitzender des Landesausschusses. Vertreten waren fast alle großen Städte der in Frage kommenden Staaten. Den Bericht zum ersten Punkt erfasste der Vorstehende. Er wies in kurzen einleitenden Worten auf die Bedeutung der letzten Reichsausschüfung hin, vor allen Dingen auf die Forderung nach Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf 100 Prozent. Hierüber entpann sich eine längere heftige Debatte. Es kam zum Ausdruck, daß diese Forderung längst durch die Teuerung überholgt sei. Man lehne sich wiederholt für seine am 25. Januar in einer überfüllten Versammlung aufgestellten Säge ein. Man kann dann doch noch überrein, an den bereits an alle Parteien und den ADGB abgehandelten Forderungen des R. Ausschusses festzuhalten, um zu vermeiden, daß hier noch irgendwelche Abstriche von den zuständigen Instanzen vorgenommen werden. Das Schreiben des Reichsarbeitsministers wurde einer ausgiebigen Kritik unterzogen. Einmütig vertraten alle Anwesenden den Standpunkt, daß die Durchführung der Verordnung einen Schlag gegen die gesamte Arbeiterschaft bedeutet. Heißt es doch, daß allen denen, die seit 1. Oktober 1919 26 resp. 52 Wochen arbeitslos sind, sofort die Unterstützung entzogen wird. Diese außergewöhnliche Maßnahme trifft zum überwiegenden Teil die Proletarier, die das Kapital aus irgendeinem Grunde nicht mehr einstellen will. Leute, die unter andern Umständen noch Jahrelang arbeiten könnten, überweist diese Verfolgung den Armenbürgern. Es zeigt sich jetzt, wo die höchsten Spitzen mit einer vermehrten Arbeitslosigkeit rechnen, daß der Abbau unter allen Umständen und in der rigorosesten Form vorgenommen wird. Erklärte doch einer der Herren Amtshauptleute, ja, die verschiedenen Gemeinden haben allerdings den günstigeren Zeitpunkt der Hochkonjunktur verpaßt. Jetzt würde es allerdings bei zunehmender Arbeitslosigkeit kaum ohne Reibung abgehen. — Hierzu sprachen alle anwesenden Erwerbslosenräte und verurteilten das Vorgehen der Behörden, die ein soziales Verständnis vollständig vernichten lassen.

Zu Punkt 3 gibt der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht und erläutert an der Hand von Beispiele das Wort Existenzminimum und Salomonarbeiter. Hier werden derartig triste Fälle zur Frage des Existenzminimums aufgerollt, daß es kaum glaubhaft erscheint, daß so etwas unter den Fittichen einer Republik möglich ist. Bei Prüfung der Bedürftigkeit, um Erwerbslosenunterstützung zu erhalten, wird in den Gemeinden und Städten ganz verschieden verfahren. Eine Familie besteht in Leipzig aus drei Köpfen. Der Vater, 73 Jahre alt, verdient 408 M. Der Sohn, 48 Jahre alt, wird arbeitslos, erhält aber seine Erwerbslosenunterstützung, weil hier die Höchstgrenze von je 100 M. Existenzminimum, zusammen 300 M., überschritten ist. Eine weitere Familie besteht aus fünf Köpfen. Mutter blind, Vater tot, zwei Schwestern und zwei Brüder führen einen gemeinsamen Haushalt. Eine Schwester führt an Stelle der blinden Mutter die Wirtschaft. Die andre wird arbeitslos und erhält keine Unterhaltung, weil die beiden Brüder zusammen mehr wie 700 M. ver-

dienen. Sie sollen unter den heutigen Verhältnissen davon alle fünf Personen unterhalten. Ein weiterer Fall: Eine Familie, vier Köpfe, Vater, Mutter, Tochter und Sohn. Der Vater wird arbeitslos und erhält seine Unterstützung für sich und seine Familie, weil der Sohn im Haushalt wohnt und 450 M. die Woche verdient, also nach Ansicht der Gelehrten verpflichtet ist, die ganze Familie zu unterhalten, mit der er sonst gar keine Gemeinschaft hat. Zu dieser Frage wird jedenfalls noch einmal gesonderte Stellung genommen werden müssen. Betrachten wir nun einmal, daß der selbständige Unterstützungsempfänger männlicherseits pro Woche 90 M. erhält, unter den jetzigen Verhältnissen zum Leben zu wenig, und daß bei einem in Arbeit Stehenden nur 100 M. wöchentlich berechnet werden, wozu aber noch Steuern, Krankengeld, Straßenbahn und was noch dazu gehört, in Abzug kommt, so wird hier dem in Arbeit befindlichen zugemutet, mit noch weniger auszukommen, als der Arbeitslose Unterstützung erhält.

Zu der Frage Salomonarbeiter soll mit den Gewerkschaften und politischen Parteien in Verbindung getreten werden, um den Angriff auf diese Berufszweige abzuwehren.

Nachdem noch verschiedene organisatorische Maßnahmen erörtert und von den Anwesenden gutgeheißen wurden, schließt der Genosse Grunert die Sitzung mit der Aufermunterung, für die Durchführung der heute angenommenen Entscheidung Sorge zu tragen. Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

Der am 30. Januar 1922 unter Teilnahme eines Vertreters des Reichsausschusses in Leipzig tagende Landesausschuß der Erwerbslosen Sachens und Groß-Thüringens protestiert gegen die Durchführung des Schreibens des Reichsarbeitsministers vom 5. November 1921, wonach allen Erwerbslosen, die die Erwerbslosenfürsorge 26 resp. 52 Wochen in Anspruch genommen haben, die Erwerbslosenunterstützung entzogen werden soll. Um so mehr, als von dieser Maßnahme nicht nur die gegenwärtige Erwerbslosen, sondern alle dientengetroffen werden, die seit dem 1. Oktober 1919 nicht 26 Wochen hintereinander gearbeitet haben, wie es der So der Erwerbslosenfürsorge besagt. Der Landesausschuß erhebt in diesem Vorgehen einen Anschlag gegen die gesamte Arbeiterschaft, da infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse jeder Arbeiter vor der Gefahr bedroht ist, arbeitslos zu werden. Es ist nicht die Schuld der Erwerbslosen, daß sie länger als 26 Wochen erwerboslos sein müssen, vielmehr liegen die Ursachen in den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen.

Der Landesausschuß erwartet vom Reichsarbeitsminister die sofortige Zurückziehung der Verfügung vom 5. November 1921, sowie die Aufhebung des Begriffs Salomonarbeiter. Er fordert alle Arbeitervarianten und die Gewerkschaften auf, sich die Förderung der Erwerbslosen zu eigen zu machen und alles zu tun, um die sofortige Aufhebung der Verfüigung des Reichsarbeitsministers herzuführen. Weiter fordert der Landesausschuß die sofortige Erhöhung der Unterstützungsätze um 100 Prozent, um einen an nähernden Ausgleich der gegenwärtigen Teuerung herzuführen.

##### Aufruf des republikanischen Richterbundes.

Vom Republikanischen Richterbund (Landesgruppe Sachsen) wird uns mit der Bitte um Aufnahme geföhren:

In Berlin ist ein Republikanischer Richterbund gegründet worden, dessen Aufruf folgende Programmähnlichkeit enthält:

Der Überzeugung durchdringen, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf der Grundlage der demokratischen Republik erfolgen kann, haben sich in Berlin Richter und Angehörige verwandter Berufe zu einem Republikanischen Richterbund vereinigt. Wir wollen ein freiherrliches Richterum, das frei vom Standesdünkel, aus innerer Harmonie dem Herzschlag des Volkes, seiner Schaffens- und schöpferischen Säulen folgt. Wir wollen ein freies und abhängiges Richterum, frei auch in dem Sinne, daß der Richter aller kleinlichen Auseinandersetzung und Bevormundung der Justizverwaltung entzogen und von untergeordneter Urteil bereit ist, damit er wahrhaft frei, mit voller Kraft seines hohen Berufes warten und sich auf der Höhe seiner Wissenschaft wie der allgemeinen Bildung behaupten kann. Wir wollen ferner ein Richterum, das in die Tiefe und in den ganzen Reichthum des Staats, Volks- und Gesellschaftslebens vertieft eintritt, damit wir wieder befähigt werden, Männer von umfassendem Geist und politischer Tatkraft, wie einst den Richter Eduard Simson, als Sprecher und Führer der deutschen Nation zu stellen. Wir werden die bereits begonnene Justizreform im neuen Staat durch sorgfältig durchdachte Anregungen für Gesetzgebung und Verwaltung unterstützen. Parteilose betreiben wir nicht.

Wir schließen uns diesem Aufruf an und fordern alle auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden höheren sächsischen Justizbeamten, auch Amtsoffiziere, die unbedingt für Demokratie gemäß der Reichs- und Landesverfassung in Justiz und Verwaltung, wie im ganzen Staatsleben eintreten, die den Schuh der Republik auch durch die Rechtspleiße erstreben und das Vertrauen des Volkes in die Rechtspleiße durch Anerkennung der Gleichberechtigung aller und durch Achtung vor jeder Überzeugung, die die Wahrheit sucht, wiederherstellen und stärken wollen, zum Eintritt in die für Sachsen gegründete Landesgruppe auf. Auch hier ist jede parteilose Betätigung unbedingt ausgeschlossen.

Beitrittsverlautungen nehmen die Unterzeichneten entgegen: Landgerichtsdirektor Brodaus-Chemnitz, Staatsanwalt Dr. Böchner-Zwickau, Landgerichtsdirektor Enderlein-Leipzig, Gerichtsassessor Dr. Helland-Leipzig, Amtsgerichtsrat Hofmann-Dresden, Gerichtsassessor Dr. Jacoby-Leipzig, Landgerichtsrat Kämpfer-Leipzig, Landgerichtsdirektor Dr. Altel-Dresden, Landgerichtsrat Postler-Leipzig, Landgerichtsdirektor Dr. Nieder-Leipzig, Amtsgerichtsrat Schemmel-Crimmitschau, Amtsgerichtsrat Dr. Schüller-Bautzen, Amtsgerichtsrat Dr. Starke-Leipzig, Staatsanwalt Dr. Thomas-Leipzig, Landgerichtsrat Dr. Ulrich-Dresden, Amtsgerichtsrat Wacker-Leipzig

Dresden. In der Stadtverordnetenversammlung kam u. a. ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag zur Ausprache, der sich mit der Belastung der Großstädte durch die vom Staat geplante Neuverteilung des Polizeiwesens beschäftigte. Oberbürgermeister Böhrer führte dazu aus, daß die Stadt Dresden dafür etwa 18-20 Millionen Mark aufzuwenden habe. Nach einer Aussprache wurde der sozialistische Antrag einstimmig angenommen, der die Regierung auffordert, die Belastung auf ein erträgliches Maß herabzudrücken.

Pirna. Die Stadtverordneten erhöhten die Grenze des zur Steuererhöhung berechtigten Einkommens bei dieser Steuer von 5000 auf 15 000 M.

Hohenstein. Der Gemeinderat hat bei dem Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Pirna um Genehmigung zur

Aufnahme einer Unleihe in Höhe von drei Millionen Mark nachgesucht. Diese soll für Arbeiten, die sich aus der Erweiterung der Bahnanlagen, wie Unterführung, Schaffung von Bahnhofsganggängen, Straßenbau usw. ergeben, Verwendung finden. Der Bezirksausschuß hat dem Erlsruhen unter der Bedingung gestimmt, daß ihm später eine genaue Aussicht des Vermögensstandes der Gemeinde übermittelt wird.

Bad Schandau. Da die neueste Quellenanalyse ein äußerst günstiges Resultat der hiesigen Quellenbeschaffenheit ergeben hat, rüdt Bad Schandau nach den wissenschaftlichen Richtlinien in die Reihe der anerkannten Stahl- und Heilbäder ein.

Wurzen. Nach einem in öffentlicher Sitzung des Rates und der Stadtverordneten vom Bürgermeister Dr. jur. Sechen erstatteten Jahresbericht ist die Finanzlage der Stadt keine günstige; denn für das Jahr 1921 ist für 1 800 000 M. Unsagbare feine Deduktion vorhanden. Die Gasanstalt schlägt mit 889 000, das Elektrizitätswerk mit 8000 M. Verlust ab. Die Einwohnerzahl beträgt 17 925. Für 706 Familien bez. Wohnungssuchende konnte eine Wohnung nicht beschafft werden.

#### Aus der Umgebung.

ra. Taucha. Gemeinderatssitzung. Die Beschaffung der Lindnerstraße soll aus dem Stadtvolumen gedeckt werden. Das Ministerium macht bekannt, daß Baukostenzuschüsse für das Jahr 1922 schon jetzt anzumelden sind, es wird deshalb vorgeschlagen, das Haus A in der Lindnerstraße zur Bebauung anzumelden und auch zu dem Haus B einen höheren Zuschuß zu fordern. Beslossen wird, die Höhe der jährlichen Grundsteuer bis 1925 beizubehalten, da die Stadt bisher schon 12.20 M. erhoben hat. In den Grundsteurausschüssen wurden die Genossen Müller und Hamann sowie die Herren Große und Petzram gewählt. Zu der staatlichen Gewerbesteuer soll ein Gemeindezuschlag von 25 Prozent erhoben werden. Herr Bürgermeister Bautzsch wehrt sich stark gegen diesen Zuschlag, da die Kleingewerbetreibenden diese Steuer nicht mehr tragen könnten. Genosse Franke führt dem Herrn Bürgermeister vor Augen, daß es aber doch gerade seine Parteifreunde im Reichstag sind, die eine solche verkehrt Steuerpolitik mitmachten. Seine "Partei" steuert ihn auch in diesem Falle im Stich — und so stimmt er mit noch einem Meisterlein und den Kommunisten gegen diesen Zuschlag. Da die Kohlen wieder bedeutend gestiegen sind, muß mit Wirkung vom Dezember der Strompreis für elektrisches Licht und Kraft auf 3.20 M. für die Kilowattstunde, desgleichen der Wasserpreis auf 1.50 M. und der Gaspreis auf 2.25 M. für den Kubikmeter erhöht werden. In der letzten Sitzung wurden der Arbeiter-Samariterkolonne eine Beihilfe von 500 M. zur Beschaffung von Verbandsmaterial und einer Tragbahre bewilligt. Um nun nicht ins Hintertreffen zu kommen, kommt nun schon die Sanitätskolonne Rotes Kreuz und fordert auch eine Beihilfe. Der Stadtrat schlägt vor, auch dieser Sanitätskolonne 500 M. zu bewilligen, nur soll über die Verwendung der bewilligten Gelder binnen sechs Monaten Rechnung gelegt werden. Wir haben in diesem Falle zugestimmt, obwohl die Verhältnisse bei den Arbeitersamaritaren wesentlich ungünstiger lagen. Eine rege Debatte entfaltet sich über die Wahl des Oberpfarrers in den Fürsorgeausschuss. Von unserer Seite wurde betont, daß dieser Herr in den Ausschuss nicht gehören. Die Bürgerlichen konnten sich aber von ihrem Waffen nicht trennen und stimmten für dessen Wahl. Zum ersten Stellvertreter des Bürgermeisters wird Herr Fabrikseigner Kistner gewählt. Der Herr Bürgermeister wollte verhindern, daß nicht etwa ein Sozi sein Stellvertreter werde, deshalb stimmte er für den Bürgerlichen, obwohl ihn der Ausfall der Gemeinderatswahl eines besseren hätte belehren sollen. Als Stadtvorsteher wird Herr Bürgermeister Bautzsch durch das Los gewählt.

b. Rötha. Die Arbeiterschaft stellt hier das stärkste Kontingent der Einwohnerschaft und infolgedessen müßte die politische Vertretung der Arbeiterschaft, die Unabhängige Sozialdemokratie, eine ganz bedeutende Mitgliederzahl aufweisen. Aber weit gereicht. Eine große Menge der Arbeiter, hauptsächlich die jüngste Generation, sind Mitglieder des bürgerlichen Turnvereins und Klümern, haben nicht um ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen, während auf der anderen Seite ihre Turnbilder aus den Arbeitgeberkreisen die Interessen des Kapitals sehr gut vertreten. Es ist doch eine allbekannte Tatsache, daß die Arbeiter, welche bürgerlichen Vereinen angehören, nur die Schleppenträger des Kapitals sind. Über auch den Arbeitern, welche in Arbeitersportvereinen an Orte vertreten sind, kann man den Vorwurf nicht erparren, daß sie zum großen Teil ihre Pflicht nicht erfüllen. Der Sport geht ihnen über alles, die politische Organisation ist ihnen Nebensache. Alle Achtung vor dem Sport, aber unserer Meinung nach ist jeder Arbeiter verpflichtet, sich in erster Linie um seine politischen und wirtschaftlichen Interessen zu kümmern und dann kann er noch Sport genügend treiben. Nun noch einige Worte zur Arbeitersjugendorganisation. Dieselbe hatte vor einigen Jahren einen guten Aufstieg unter Leitung des Gen. Schmalz gewonnen, war aber in das kommunistische Fahrwasser geraten; da sie das finanzielle Rückgrat dadurch verlor, ging sie nach einiger Zeit wieder zugrunde. Es ist auch hier die höchste Zeit, Wandel zu schaffen und eine neue Jugendorganisation zu gründen. Denn wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft.

vi. Eisenburg. Stadtvorordnetenversammlung. Die Wahl des Büros und der einzelnen Deputationen ergab einstimmig die alte Zusammenstellung. An Stelle des ausgetriebenen Schiedsmannes Hornsdoel wurde der Korbachermeister Zechendorf gewählt. Bei der Beschlusfaßung über Bereitstellung von Mitteln für die Herstellung der Anlage auf dem Ehrenhof wurde der Kirche und ihren würdigen Vertretern sehr eigenhändig besleutigt. Der Bergfriedhof gehört der Marienkirche. Die frommen Vertreter Gottes dulden nicht, daß Dissidenten auf dem Friedhof beerdig werden. Der Kommunalfriedhof ist vom Bergfriedhof über eine Stunde entfernt, so daß damit den Hinterbliebenen große Schwierigkeiten bereitet werden. Doch was geht das die christlichen Gottesmänner an, die sich übrigens nicht entbilden, einen Antrag zu stellen, daß aus allgemeinen Steuermitteln (also auch von den Dissidenten, denn diese bezahlen ebenfalls Steuern) dem Friedhofswärter eine höhere Bezahlung bewilligt wird. Das nun der Magistrat die Gewährung der Stadtvorordnetenversammlung erfordert, die Belastung auf ein erträgliches Maß herabzudrücken.

Pirna. Die Stadtverordneten erhöhten die Grenze des zur Steuererhöhung berechtigten Einkommens bei dieser Steuer von 5000 auf 15 000 M.

Hohenstein. Der Gemeinderat hat bei dem Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Pirna um Genehmigung zur

# Eckstein & Edelmetall

Eckstein Gold 80 Pfg.

kostlich im Geschmack

Torrero 100 Pfg.

elegant in der Packung

Traviata 120 Pfg.

Zigarettenfabrik A. M. Eckstein & Söhne • Dresden-A. 27

Bürolohnsteuer mit einer Erhöhung des Elektrizitäts-, Gas- und Wasserpreises vorgenommen werden. Allerdings kostet elektrisches Licht 4.10 M., und für Kraftzwecke 3.40 M., Gasbeleuchtung 2.50 M. (Automatengas 3.60) und Wasser 2.50 M. pro Kubikmeter. Hierbei hatte der Haushaltsherrn einen Antrag auf Mietserhöhung eingebracht. Stadtv. Schubert bemerkte trotz sein sozialer Verständnis; er verlangte, dass die kinderreichen Familien durch erhöhte Besteuerung bestraft werden sollen. Dem Ankauf der Kasernengebäude, einschließlich Kasino- und Schießplätzen, Gebäude, ausstehlich Lazaretts und Siebengebäude für die Summe von 2 Millionen Mark wurde zugestimmt. Eine Eingabe der Kriegsbeschädigten forderte, dass die Stadt gegen die Verordnung protestiert, wonach nicht alle Versorgungsberechtigten Versorgungsgebühren erhalten. Dieses Verlangen wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt.

## Sporhartell.

Gärtnerische Spielvereinigung.

4. Februar, 1. Bezirk (Mitglied des Arbeitskreis- und Sportbundes)

Beschleunigung. Donnerstag, den 9. Februar, bei Weier, Reinhardstrasse 10. Minutenspiel der Seniors vom Sonntag, 5. Februar 1922, 1. Stunde. Göttingen I - Wett. 0:1:0. Wett. 1:1:0. Wett. 1 (Wegen nicht angetreten). Untere Alster, Blagow III - Steinmeier II 0:1. Blagow III - Dorfstrasse II 0:1. Wett. II - Sportlust-Moskau 1:1:0.

## Wegen Papiermangels

Infolge des Eisenbahnerstreiks können bis auf weiteres im Inseratenfeld nur noch amtliche Bekanntmachungen, Familien- und Versammlungsangelegenheiten finden.

Inseraten-Annahme der Leipziger Volkszeitung.

**Zähne**  
inkl. Platte u. Klammer pro Zahn von **16.-**  
an  
Ohne Platte inkl. Spange u. Klammern pro Zahn von **25.-** an  
Unter schriftlicher Garantie.  
Plombierungen nur bestes Material von **10.-** an  
Reparaturen in einem Tage.  
**B. Zihang** Schützenstrasse 21.  
**Viel Geld spart**  
wer kein Brennholz, sondern nur den guten Kohlen angibt. "Feuerfix" verwendet.  
Generalvertreter für Sachsen  
**Paul Wienold**, Leipzig, Alberstr. 30.  
Wiederverkäufer gesucht!

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Offizielle Aussforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Besteuerung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 und einer Kapitalertragsteuererklärung.

1. Auf Grund dieser öffentlichen Aussforderung sind zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet:

1. alle im Finanzamtbezirk wohnenden oder nach dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständige Steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);

2. sämtliche Personen, die ohne im Deutschen Reich zu wohnen oder sich aufzuhalten, im Finanzamtbezirk Grundsatz haben, ein Gewerbe betreiben, eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Besitz aus öffentlichen innerhalb des Finanzamtbezirks gehaltenen Räumen mit Rücksicht auf eine gegenwärtige oder zukünftige Dienstleistung oder Berufstätigkeit erhalten, soweit die vorstehend Genannten im Kalenderjahr 1921 oder in dem während dieses Kalenderjahrs Jahre endenden Wirtschafts-Jahre nicht zugleich erhalten haben.

Die hierauf zur Abgabe der Steuererklärung verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 15. Februar bis

15. März 1922 bei dem zuständigen Finanzamt einzureichen.

Vordruck für die Steuererklärung werden den Steuerpflichtigen durch die Gemeindebehörde bis zum 15. Februar 1922 ausgestellt werden. Sie können von diesem Tage ab von Steuerpflichtigen, die einen Vordruck nicht zugleich erhalten haben, aber zur Abgabe der Steuererklärung auf Grund einer öffentlichen Aussforderung verpflichtet sind, oder die freiwillig eine solche abgeben wollen, bei dem zuständigen Finanzamt oder der Gemeindebehörde entnommen werden.

Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht ausgestellt worden ist.

Dieselben Steuerpflichtigen, die in den oben angegebenen Zeiträumen ein Einkommen besogen haben, das weniger als 24 000 M. beträgt und sich aus anderen Einkommen als Lohn- und Gehaltsbesitzern zusammensetzt, sind gleichfalls zur Abgabe einer Steuererklärung in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1922 verpflichtet, wenn ihnen ein Vordruck zugesendet worden ist.

Die Ausübung eines Vordrucks gilt als besondere Aussforderung zur Abgabe einer Steuererklärung.

Jeder Steuerpflichtige erhält nur einen Vordruck zur Steuererklärung für ein zweites oder weiteres Jahr und je 1 M. zu bezahlen. Die Gebalto- und Lohnempfänger, die an sich nicht zu veranlagten sind, weil ihr gesamtes steuerbares Einkommen 24 000 M. nicht übersteigt, die aber nach § 8 Abs. 1 des Einkommensteuergelebtes Antrag auf Veranlagung zur Einkommensteuer stellen wollen, haben diesen Antrag mit der Steuererklärung zu verbinden und mit dieser bis zum 15. März 1922 dem zuständigen Finanzamt einzureichen.

II.  
1. Die nach I zur Abgabe der Einkommensteuererklärung verpflichteten Personen haben, sofern sie im Kalenderjahr 1921 oder in dem während dieses Kalenderjahrs endenden Wirtschafts-Jahre Diskontbeträge von innerlandlichen und ausländischen Wechseln und Anleihungen und Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen (Dividenden, Zinsen von Wertpapieren, Darlehen, Hypothekenzinsen usw.) bezogen haben, gleichzeitig mit dieser Erklärung die vorgezeichnete Kapitalertragsteuererklärung bei dem zuständigen Finanzamt einzureichen.

Die Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung besteht mit Ausnahme der § 89 der Ausführungsbestimmungen zum Kapitalertragsteuervertrag bezeichneten Falle ohne Rücksicht auf die Höhe der Erträge, mithin auch für die nach I zur Abgabe der Einkommensteuererklärung nicht verpflichteten Personen, wenn sie Erträge der genannten Art bezogen haben. Falls danach eine Einkommensteuererklärung nicht abgegeben ist, ist die Kapitalertragsteuererklärung innerhalb der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1922 einzureichen.

2. Gleichzeitig mit der Einkommensteuererklärung oder falls diese nicht abgegeben ist, in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1922 ferner auf Grund des § 84 der Ausführungsbestimmungen zum Kapitalertragsteuervertrag zum Zwecke der Nachverfolgung, ob die Kapitalertragsteuer richtig abgeleitet worden ist, nach Abgabe des Vordrucks zur Kapitalertragsteuererklärung die in dem unter I genannten Kalender- oder Wirtschaftsjahr bezogenen oder bezogenen Kapitalerträge der in § 2 Abs. 1 Nr. 1-4 des Kapitalertragsteuergelebtes bezogenen Art (Hypotheke, Zinsen von Forderungen, Renten usw.) von allen Forderungen, Renten usw. von allen Gläubigern bezogenen, die solche Beträge als Schuldner gezahlt oder als Gläubiger bezogen haben.

3. Hinsichtlich der Vordruck für die Kapitalertragsteuererklärung II 1 und 2 gilt das unter II. Gefalge, mit der Maßgabe, dass der Preis für ein zweites oder weiteres Stück 40 Pf. beträgt.

III.  
Die Einlendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, gleichzeitig aber auf Verlust des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb unentzündlich mittels Einschreibebriefes.

Wer die Frist zur Abgabe der Steuererklärung bis 100 Mark zur Abgabe der Steuererklärung angeholt werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgelegten Steuer auferlegt werden.

Eine Verlängerung der Erklärungsfrist für die Einkommensteuer wird nur in besonderen Ausnahmefällen gewährt und in der Regel von der Bezahlung einer der mutmaßlich zu entrichtenden Steuer entsprechenden Vorauszahlung abhängig gemacht.

Steuerhinterziehung werden mit Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Eigentums- und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden.

Leipzig, am 4. Februar 1922.  
Die Finanzämter:  
Leipzig-Mitte(I), Leipzig-Süd(II), Leipzig-Ost(III), Leipzig-West(IV) und Leipzig-Nord(V).

## BIBLIOTHEK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Nr. 23

### Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale

(Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921)

1086 Seiten / Mit einem Sach- und Namenregister  
Preis ..... brosch. Mk. 90.—, geb. Mk. 115.—  
Organisationsausgabe brosch. Mk. 30.—, geb. Mk. 70.—

Nr. 22

### Protokoll des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale

(Petrograd 19. Juli / Moskau 23. Juli bis 7. August 1920)

798 Seiten / Alphabetisches Verzeichnis der Redner  
Preis ..... broschiert Mk. 40.—, geb. Mk. 60.—  
Organisationsausg. broschiert Mk. 22.50, geb. Mk. 40.—

(Der ab 1. Januar 1922 geltende Preisanstieg ist eingerechnet)

Zu beziehen durch:

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahabon, Hamburg  
alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der KPD.

## Briefkasten der Redaktion.

A. W. Neudnit, Wenden Sie sich an die Verzessammer, Vorlesender Dr. Dippel, Ferdinand-Rohde-Straße 18.

O. L. 22. Sie haben Anspruch darauf. Wenden Sie sich mit einem Antrag an die Ortskrankenkasse, die Ihnen sagt, welche Papiere Sie vorzulegen haben. — 2 M. Postkasse.

## Versammlungskalender.

Montag, den 8. Februar.

Metallarbeiter, Ostbezirk (Betrieb, Betrauenol.), Grüne Aue, 7 Uhr.

Mittwoch, den 7. Februar.

Metallarbeiter der städtischen Betriebe, Volkshaus 6 Uhr.

Wieder vom Westen, Westendhallen 1/8 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

## Auf dem Deckel



Rottwuschgestalt innen der Qualitätsgehalt!

**Erdal**  
putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Alleinhersteller: Werner & Mertz A-G. Mainz.

## Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft\*

von Karl Marchionini. — Preis 3 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

## Kleiner Anzeiger

### Arbeitsmarkt

**Steindrucker**  
Umdrucker, die möglichst im anastatischen Druck erfahren sind, suchen  
**Ullrich & Co.**, Peterssteinweg 18.

### Verkäufer

Von Herrschaffen wenig geht.  
so gut wie neu, u. neuwertig,  
Dam- u. And.-Garderobe aus  
feinst. Stoff, hergest. tauf. Sie  
wie altbekannt, gut u. bill.,  
nur d. Nummer, Kleidungsstücke

## Nr. 5

### Eisenbahnstraße

Kaufens Sie am billigsten  
wenig getragen u. neu

## Anzüge Hosen

Militär-  
gestreift  
Pantoffel-  
Pilot-  
schwarze

### Militär-Juppen

Winter-Juppen

Konfirmanden-Anzüge

einzelne Jackettis u. Westen

Schuhe und Stiefel

beim altbekannt  
billigen

Hahn

Johannplatz

hinter d. Kirche u.

Demmeringstr. 72, II, I.

früh, Langestr. 10, I.

Gebäude Intervenissen

gekauft. Zu melden mit

Arbeitsbescheinigungen im

Arbeitsnachweis der Stadt

Leipzig. Fachabteil. Textil-

Industrie, Sternwartenstr. 15/21

Saub. Aufzehrung, wöch.

drei mal, 2- bis 3 Stunden.

Glienstrasse 145, Erdgesch. 2.

Überzeugen!

Anzüge, Schlüpfen,

Cutaway, Weste,

Rosen aller Art

Gummimäntel

Phantasiewesten

Smoking, Frack-

Gehrock-Anzüge

auch Polohose

Bar- und Tellerzählung!

Baumgärtel

Königsplatz 9

vor. Großmärkte

## Billig!

### Anzüge

Schlüpfen

Cutaway mit Weste

Rosen aller Art

Gummimäntel

Phantasiewesten

Smoking, Frack-

Gehrock-Anzüge

auch Polohose

Bar- und Tellerzählung!

Baumgärtel

Königsplatz 9

vor. Großmärkte

Gelehrte, auch einzig u. alle

and. Vorzengard, kaufen

Kette, Johannplatz 8 (hint.

# Wintergarten

Eisenbahnstrasse 56

Ferruf: 18105-96

# Seine Exzellenz von Madagaskar

I. Teil

## Das Mädchen aus der Fremde

5 Akte mit  
Eva May und Georg Alexander

### Braß Bullet

4. Teil:

Im Wasser und unter der Erde

Wochentags  
Einlaß 4 Uhr Ant. 4.30 Uhr



# Lindenfels

Karl-Heine-Strasse 50  
Ferruf 18105-96

# Kinder der Finsternis

I. Teil

## Der Mann aus Neapel

5 Akte mit  
Grit Hogenau und Hans Mierendorff

### Eine angebrochene Ehe

Lustspiel in 5 Akten mit Viola Dana  
und der übrige Spielplan



### Neues Theater.

**Augenbluppl.** (Nachdruck verboten.) Montag, den 6. Februar: Offizielle Vorstellung, zugleich Unrecht-Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband; Der Kronenbauer. Anfang 7 Uhr. Dienstag, den 7. Februar: 27. Unrecht-Vorstellung (3. folge, weil); Dörfchenszene; vorher Das böse Kind. Anfang 7 Uhr. Mittwoch, den 8. Februar: Vorstellung für die Fortbildungsschule für die Wäboden; Hänsel und Gretel. Vorher: Die Sapphires. Anfang 7½ Uhr.

**Alles Theater.** Richard-Wagner-Vok. (Nachdruck verboten.) Montag, den 6. Februar 1922. Offizielle Vorstellung zugleich Unrecht-Vorstellung für das Fortbildungsschul-Institut (Vestigium-Zentrum-Silber 1921-Schluß)

**Rabale und Siebe.** Ein Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Schiller. Ein Scene gesetzt von Alwin Krucker. Personen: Prinzessin von Waller, ein Sohn eines deutschen Fürsten (Wilhelm Waller); Herzibald, sein Sohn (Kurt Allrich); Holzmach von Hall (Alfred Schlegel); Bald Willrich, Bavorstein des Kirchen (Martin Otto); Klemm, Haushofmeister des Fürsten (Karl Heiter); Wilder, Stadtmüllmann (Karl Huth); Tessen Braun (Walter Dahlhoff); Ulfe, dessen Tochter (Marg. Union); Sophie, Kammerjungfer der Lady (Herta Nold); Ein Diener des Hauses (Hermann Graupp); Ein Diener der Lady (Kurt Noll). Geschäftsbüro, Dienerschaft, Böhl.

**Gauß nach dem 8. mit 6. Bild.** Gauß nach dem 8. mit 6. Bild. Subvention und Goldserien ungelöst. Dienstag, den 7. Februar: Offizielle Vorstellung, zugleich Schiller-Vorstellung: Das Meer und der Liebe Wellen. Anfang 7½ Uhr. Mittwoch, den 8. Februar: Offizielle Vorstellung, zugleich Unrecht-Vorstellung für die II. Fortbildungsschule: Das Meer und der Liebe Wellen. Anfang 7½ Uhr.

**Neues Operetten-Theater.** Telefonische (Nachdruck verboten.) Montag, den 6. Februar: Vorstellung für den allgemeinen Saal-Kreis. Dienstag, den 7. Februar: Auf Hingabe des Geliebten. Anfang 7½ Uhr. Dienstag, den 7. Februar: Der allmächtige Siebzehn. Anfang 7½ Uhr. Mittwoch, den 8. Februar: Keine Vorstellung.

**Thüring-Hülsenfrüchte** prima im Kochen. Erfahrt für Kartoffeln offiziell preiswert Samenhdg. Aug. Held Marktstraße 416 Tel. 16181

**Weinbrand-** Bericht, 1/4 Liter 45.— **Jamalca-Rum-** Bericht, 1/4 Liter 60.— Emb. in anerkannt gut. Qual. L. O. Kaspar Nachfolger 2. Biog. 3. Böd. 3. Böd. 30. **Kownoer** in Stanniol, 50 g nur 1.50.— in der Zigaretten-Gästekasse Kreuzstraße 23.

**Haut-, Geschlechts-,** u. Horniell., von z. nero. Schwärze. Deben, Dr. med. Del., nicht approbiert. Mitigl. naturgl. Gefällig. Leipzig, Kurhausstr. 8. Gewicht von 0.2 u. 4-8 Uhr. **Kleiner Anzeiger**

Vermischte Anzeigen

Am Sonnab. in Punkt. Verl. des D. C. D. (Bayerischer Hof) Brieftafel mit Inh. abhand. gel. Abg. wie usw. bestellt.

**Rechts-Auskunftei** Kaiser Stötteritzer Str. 3, I.

**I. Berleih-Institut** feiner Gesellschafts-Anzüge J. Kindermann

Neumarkt 1. 1 Treppe. Ihr Anzug

wird wieder wie neu gezeigt u. abgebaut für 30 M. Abholung und Zusendung frei. Postkarte genutzt am Wäscherei Endino, Leopold-Döllitz.

**Säcke** jeder Art repariert Barthel, Arnoldstr. 18. Sack-Reparatur-Anstalt. Kammerjäger Wagner Wohnet Sennfelderstr. 11. S. 1.

**Wohnungen** Ein. möbl. Zimmer zu verm. Neuk. Neuköllner Markt 13, III. Werksstät. Übergarage sucht Job. 2 leere Zimmer. Off. und V. 17 an. Villae Seiner Str. 32.

Kleine 3-Zimm.-Wohnung, 27 M. tauricht. gl. ob. artig. gleich mo. Besicht. Sonnt. 12-4. Gell. Grasdorfer Str. 7, II. I.

**Telephonisch** können Unterlagen nicht angenommen werden. Expedition d. Seite. Hoffweitz.

# Gansfouci

Heute

7

Uhr

# Ball

# Neuer Gasthof Gohlis.

Morgen ab 1/2 Uhr: Großer Elite-Ball

Sonnabend, den 11. Februar: Wintervergnügen des 1. Gohliser Bandoneon-Vereins.

# Nachtfalter

Hainstrasse 18

Allabendlich 7½ Uhr

# Kabarett.



# Lichtspiele Apollo-Theater

Bayersche Strasse 8-10

Telephone 1111

Telephone 1111

Ab morgen Dienstag

beginnen die Vorführungen des gewaltigen Monumental-Filmwerkes

# Der erste Kreuzzug

Die Befreiung Jerusalems unter Gottfried von Bouillon

Nach dem Epos von Torquato Tasso

## Ein Meisterwerk der Massenregie

Eine Glanzleistung der Kinematographie

# Licht-U.T. Spiele

Hainstr. 19. Tel. 3187

Unwiderruflich nur noch 3 Tage!

# Die Geheimnisse von Berlin

## BERLIN

4. und letzter

Teil



Originalaufnahmen aus dem Großstadttasy. Die Insassen, arbeits- und wohnungslose Elemente, welche zu den Erscheinungen unserer heutigen Großstadt gehören, bilden den Hintergrund dieses lebenswahren Filmes, welcher durch das nicht alltägliche Milieu den Beschauern das größte Interesse abgewinnen wird.

Außerdem:

# Die Tänzerin auf dem Tugendpfad

Sitten-Lustspiel in 3 Akten mit Erika Glässner und Kurt Vespermann

Einlaß 3½ — Anfang 4 Uhr

# Kinder der Finsternis

I. Teil

## Der Mann aus Neapel

5 Akte mit  
Grit Hogenau und Hans Mierendorff

### Eine angebrochene Ehe

Lustspiel in 5 Akten mit Viola Dana  
und der übrige Spielplan

### Leipziger Schauspielhaus.

Epilog, 1919. Direction: Erich Maria Remarque. April 1920.

Montag, den 6. Februar 1922, abends 7½ Uhr

#### Ingeboren.

Ein Lustspiel in 8 Akten von Kurt Göpp.

Ein Scene gesetzt von Hans Steiner.

Personen: Ingeboren (Angelika Hauff); Orlotar, ihr Mann (O. Weisser); Zomie Ottile (Stella David); Ueter Peter (Albert Stoeckel); Herr Konjunktiv (Dietrich Otto Stoeckel).

Worte nach dem 2. Akt.

Anfang 7½ Uhr Ende 9 Uhr.

Dienstag, den 7. Februar, nachm. 8½ Uhr: Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband; Das neugierige Sternlein. Abends 7 Uhr: Die Krönung Niedersachsen III.

Wittstock, den 8. Februar, nachm. 8½ Uhr: Das neugierige Sternlein (Wiederholung). Abends 7½ Uhr: Revolution in Krakow.

Wettsteine Eintrittskarten müssen 20 Minuten vor Beginn der Vorstellung abgekauft sein, anderenfalls wird darüber berechnet.

Die Tagessession ist gebührt wochentags von 10-12 Uhr. Sonntags von 11-12 Uhr.

Der alte Spielabschnitt läuft vom 1. Febr. bis 21. Febr. 1922. Bis zu diesem Tage muss die alte Marke der Zigarettenstange am Zigarettenkasten eingeklopft sein.

### Neues Theater.

Telephone 12800. Direction: Erich Siebner. Gitterstraße 42.

Montag, den 6. Februar 1922, abends 7½ Uhr

#### Frühlings Erwachen.

Ein Alsterstück in 8 Akten von Kurt Göpp.

Ein Scene gesetzt von Otto Stoeckel.

Personen: Frühlings Erwachen (Angelika Hauff); Der unverhohlene Mann, Wittstock, 8. Februar, abends 7½ Uhr. Der unverhohlene Mann, Wittstock, 8. Februar, abends 7½ Uhr. Der unverhohlene Mann, Wittstock, 8. Februar, abends 7½ Uhr. Der unverhohlene Mann, Wittstock, 8. Februar, abends 7½ Uhr. Die Mitglieder der Theatergemeinde Schulspielabschluß erhalten gegen Vorstellungskasse ihres Klassenzimmers 80 Prozent Erhöhung.

Vorstellungskasse ihres Klassenzimmers 80 Prozent Erhöhung.

Das einzige existierende Original! Jeder kann filmen Das einzige existierende Original!

Original-Film-Atelier auf der Bühne Das Publikum filmt

Täglich Aufnahmen abgeschlossener Filme sowie das weitere, erstklassige

### Varieté-Programm

Täglich abends 11.30 Uhr

Das einzige existierende Original! Jeder kann filmen Das einzige existierende Original!

Original-Film-Atelier auf der Bühne Das Publikum filmt

Täglich Aufnahmen abgeschlossener Filme sowie das weitere, erstklassige

### Krystall-Palast

Theater Turm 201

Täglich abends 11.30 Uhr

Das einzige existierende Original! Jeder kann filmen Das einzige existierende Original!

Original-Film-Atelier auf der Bühne Das Publikum filmt

Täglich Aufnahmen abgeschlossener Filme sowie das weitere, erstklassige

### Battenberg

Varieté. Anfang 8 Uhr

Verlängertes Gastspiel Paul Beckers mit Gesellschaft Neu für Leipzig

Der lustige Vagabund Neu für Leipzig

Battenberg-Theater. Anfang 8 Uhr Vereinsvorstellung

Die Schuster-Baronesse Burlesk Volksstück in 4 Aufz. von Thilo Schmidt.

Morgen: Lotte Hausmanns Liebe.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

### Drei Linden

Täglich 4.30 Uhr

Ein noch nie gezeigte Riesen-Programm

14 Welt-Varieté-Attraktionen

40 erstkl. Artisten an einem Abend

Kommen! Sehen! Staunen!

Sonntags 2 Vorstellungen — 11.45 und 14.30 Uhr

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 48543), Th. Althoff, Petersstr., Kons.-Verein, K.-Heine-Str.

### Drei Mohren

L. Unger Inhaber: Br. Bilz.

Heute ab 7 Uhr</p